

INTERLLOYD VERSICHERUNGS-AG

Geschäftsbericht 2017

EINZELABSCHLUSS



Interlloyd
VERSICHERUNGS-AG

Inhalt

Kennzahlen	4
.....	
Das Profil des ARAG Konzerns	5
.....	
Lagebericht	6
I. Grundlagen der Gesellschaft	6
II. Wirtschaftsbericht	8
III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	22
IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	23
.....	
Jahresabschluss	37
.....	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	57
.....	
Bericht des Aufsichtsrats	69
.....	
Organe der Gesellschaft	70
.....	

Überblick

Kennzahlen Interlloyd Versicherungs-AG

(in Tausend Euro)	2017	Veränderung	2016	2015
Umsätze				
Gebuchte Bruttobeiträge	60.586	1,10%	59.928	57.302
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	29.161	1,23%	28.808	27.600
Aufwendungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	14.456	-3,63%	15.000	15.326
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	49,57%	-2,50%-Pkt.	52,07%	55,53%
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	11.157	-5,93%	11.861	11.557
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	38,26%	-2,91%-Pkt.	41,17%	41,87%
Ergebnisübersicht				
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung, brutto	8.328	65,06%	5.046	482
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung f. e. R.	2.713	81,64%	1.494	293
Versicherungstechnisches Ergebnis nach Schwankungsrückstellung f. e. R.	1.934	369,35%	-718	-1.473
Kapitalanlageergebnis	1.481	11,88%	1.323	1.176
Sonstiges Ergebnis	-986	-37,88%	-715	-575
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.428	2313,48%	-110	-872
Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung aus Ergebnisabführungsvertrag)	2.424	2214,88%	-115	-877
Kennzahlen				
Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge f. e. R.	151,46%	4,23%-Pkt.	147,23%	140,53%
Eigenkapital/Verdiente Beiträge f. e. R.	25,35%	-0,31%-Pkt.	25,66%	26,79%

Das Profil des ARAG Konzerns

Ein Überblick

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz und zählt weltweit zu den drei führenden Rechtsschutzanbietern. Vor über 80 Jahren als reiner Rechtsschutzversicherer gegründet, positioniert sich die ARAG heute als international erfolgreicher, innovativer Qualitätsversicherer. Neben dem Rechtsschutzgeschäft bietet sie ihren Kunden in Deutschland attraktive, bedarfsorientierte Produkte und Services in den Bereichen Komposit, Gesundheit und Vorsorge. Mit Schnelligkeit und Professionalität werden auch beim Zukunftsthema Digitalisierung kontinuierlich neuartige, nutzenstiftende Ideen umgesetzt – und so zusätzliche Mehrwerte für die Kunden geschaffen. Neben dem spartenübergreifenden Wachstum im deutschen Markt setzt das Unternehmen gezielt auf Wachstumspotenziale im internationalen Rechtsschutzgeschäft: Der ARAG Konzern ist heute in insgesamt 17 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv – in Deutschland, weiteren 14 europäischen Märkten sowie in den USA und Kanada. Mit seinen rund 4.000 Mitarbeitern erwirtschaftet der Konzern ein Umsatz- und Beitragsvolumen von über 1,6 Milliarden €.

Die ARAG SE verantwortet die strategische Konzernführung sowie das operative Rechtsschutzgeschäft national und international. Für die anderen Geschäftsbereiche und deren operative Führung sind die ARAG Versicherungs- und Dienstleistungsgesellschaften verantwortlich. Die vermögensverwaltende ARAG Holding SE bildet das gesellschaftsrechtliche Dach des Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung

Im Kernsegment Rechtsschutz gestaltet die ARAG ihre Märkte mit innovativen Produkten und Services national und international maßgeblich mit. Das internationale Rechtsschutzgeschäft ist seit einigen Jahren das größte Konzerngeschäftsfeld. Dabei liefern die Einheiten außerhalb Deutschlands wertvolle Wachstumsimpulse für den Konzern. Parallel verfolgt die ARAG SE auch auf ihrem deutschen Heimatmarkt einen klaren Erfolgskurs und erzielt dort steigende Rechtsschutzbeiträge.

Kompositversicherungen

Der Kompositversicherer ARAG Allgemeine beweist sich in seinem hart umkämpften Markt als wettbewerbsfähiger Anbieter von Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen. Mit mehr als 20 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist die Gesellschaft auch Europas größter Sportversicherer. Die Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als attraktiver Maklerspezialist im Gewerbe- und Privatkundensegment.

Personenversicherungen

Mit einer breiten Palette leistungsstarker Produkte unterstreicht die ARAG Kranken im Markt der privaten Krankenversicherung ihre Rolle als einer der besten Anbieter von Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherungen. Beim Thema Altersvorsorge rundet der ARAG Stammvertrieb sein Angebot erfolgreich mit den Produkten des Kooperationspartners Alte Leipziger ab.

Lagebericht der Interlloyd Versicherungs-AG

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die Interlloyd versteht sich als verlässlicher Maklerspezialist im Kompositbereich. Langfristige und partnerschaftliche Maklerverbindungen und eine überdurchschnittliche Servicebereitschaft im Innen- und Außendienst stehen für die Gesellschaft im Mittelpunkt. Das konsequente Ausrichten von Produktentwicklung und Vertriebsaktivitäten an den Bedürfnissen der Makler und Kunden sowie die professionelle und serviceorientierte Antrags- und Schadenbearbeitung sind ein wesentlicher Baustein zum erreichten Erfolg. Die Gesellschaft bietet modularen Deckungsschutzaufbau für die privaten Sparten Unfall, Hausrat, Wohngebäude und Haftpflicht sowie für das individuelle qualifizierte Firmenkundengeschäft.

Neben den tariflichen Deckungskonzepten versteht sich die Gesellschaft als Problemlöser mit bedarfsgerechten Individuallösungen. Insbesondere für kleine und mittlere Gewerbetreibende bietet die Interlloyd durch ein im Underwriting aufgestelltes Spezialistenteam gestalterisch flexible Konzepte und Lösungen. Innovative Produktergänzungen, wie beispielsweise das Forderungsmanagement, runden das Produktportfolio ab. Hohe Servicelevels sowie das breite Produktspektrum unterstützen die langfristigen Maklerverbindungen und führen zu einem nachhaltigen Bestandswachstum.

Kunden, Maklerservice und Mitarbeiter

Kundenverständnis, serviceorientiertes und flexibles Handeln sowie die Zufriedenheit der Partner im Maklervertrieb sind der Schlüssel für die erfolgreiche Geschäftsentwicklung der Interlloyd. Die Aufbau- und Ablauforganisation der kundennahen Bereiche in der Schadenbearbeitung, in der Kundenbetreuung und in den dezentralen Vertriebseinheiten ist gezielt darauf ausgerichtet, den Maklern eine zuverlässige und flexible Betreuung zu gewährleisten.

Die Interlloyd greift zur zielgerichteten Qualifizierung und Entwicklung ihrer Mitarbeiter auf das breite Spektrum an Personalentwicklungsangeboten des ARAG Konzerns zurück. Durch Funktionsausgliederung und Dienstleistungsverbindungen in einzelnen Bereichen des Unternehmens (zum Beispiel Rechnungswesen, Asset-Management, Risikomanagement, Zentrale Dienste) profitiert die Interlloyd vom Know-how des ARAG Konzerns.

Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Gesellschaft erstreckt sich auf die Länder Deutschland und Spanien. Das Geschäft in Spanien wird durch eine im Geschäftsjahr 2014 gegründete Niederlassung betrieben. Neben dem deutschen Hauptsitz in Düsseldorf hat die Interlloyd eine Vertriebsaußenstelle in Hamburg.

Versicherungsbestand

Der Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungsverträgen betrug am Ende des Geschäftsjahres 398.690 Stück (Vj. 397.961 Stück), wobei 392.272 Stück (Vj. 391.378 Stück) auf das nationale Geschäft und 6.418 Stück (Vj. 6.583 Stück) auf die spanische Niederlassung entfielen.

Betriebene Versicherungszweige und Versicherungsarten

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erstreckt sich im selbst abgeschlossenen Geschäft auf die nachstehenden Versicherungszweige und -arten:

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung
- Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
- Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
- Übrige und nicht aufgegliederte Haftpflichtversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuerversicherung

- Feuer-Industrie-Versicherung
- Sonstige Feuerversicherung

Einbruchdiebstahl und Raub(ED)-Versicherung

Leitungswasser (Lw)-Versicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

• Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Technische Versicherungen

- Elektronikversicherung
- Bauleistungsversicherung

Transportversicherung

Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- beziehungsweise Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage (EC)-Versicherung)

Betriebsunterbrechungs-Versicherung

Beistandsleistungsversicherung

- Übrige und nicht aufgegliederte Beistandsleistungsversicherung

Sonstige Schadenversicherung

Die Interlloyd dankt allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern für den geleisteten Einsatz und den Kunden für das der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat sich 2017 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verstärkt. So nahm das Wachstumstempo des globalen Bruttoinlandsprodukts weiter spürbar zu. Insbesondere der Euroraum entwickelte sich zuletzt unerwartet dynamisch. In vielen Schwellenländern hat sich die konjunkturelle Lage ebenfalls verbessert, was zumindest für erdölexportierende Länder auf die Stabilisierung der Rohölpreise zurückgeführt werden kann. Gemeinsam mit den günstigen Finanzierungsbedingungen, den vielerorts bereits gut ausgelasteten Kapazitäten und einer expansiven Fiskalpolitik führte dies zu einem Anstieg der Investitionen und eine damit einhergehende Belebung des Welthandels. Im Zuge des Konjunkturaufschwungs hat sich auch die Arbeitsmarktlage in den meisten Volkswirtschaften, beispielsweise in den Vereinigten Staaten und in Japan, merklich verbessert. Die Arbeitslosenquoten sind in vielen Ländern inzwischen wieder spürbar rückläufig.

Vormalige Risiken für den Aufschwung sind nicht eingetreten oder haben sich zumindest abgeschwächt. Das Brexit-Votum und die anschließenden Austrittsverhandlungen gingen zwar mit einer Verlangsamung des Wachstums im Vereinigten Königreich einher, jedoch nicht mit einem Wirtschaftseinbruch.

Im Euroraum erstreckte sich die unerwartet kräftige wirtschaftliche Erholung auf alle Mitgliedsstaaten. Die bedeutendste Komponente des Aufschwungs ist derzeit der private Konsum. Zum Teil lag die positive Entwicklung auch an der weiterhin sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik. Zudem dürften die strukturellen Anpassungen in vielen Mitgliedsstaaten seit der Finanzkrise maßgeblich zur wirtschaftlichen Aufhellung beigetragen haben. Ebenfalls entwickelten sich die Investitionen sowie auch die Exporte sehr dynamisch und legten entsprechend stark zu. Zusätzlich stieg die Beschäftigung im Euroraum in 2017 wieder an. Insgesamt geht der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Jahresgutachten für das Jahr 2017 von einem Zuwachs der Produktion des Euroraums um 2,3 Prozent aus.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen und lang anhaltenden Aufschwung, welcher auf einem immer breiter werdenden Fundament steht. Angetrieben wird diese von einer robusten Binnennachfrage, der konjunkturellen Erholung im Euroraum sowie von einer weiterhin expansiven Wirtschaftspolitik. Während die Staatsausgaben und die Bauinvestitionen bereits seit Längerem stabil expandieren, steigen inzwischen die Ausrüstungsinvestitionen sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung auch wieder stärker an. Des Weiteren entwickelten sich wichtige Absatzmärkte, insbesondere der Euroraum, zuletzt sehr dynamisch. In Deutschland liefert der private Konsum nach wie vor den größten Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum. Die Stimmung der Verbraucher ist sehr gut, die Anschaffungsneigung und Einkommenserwartungen sind positiv. Die Zuwachsraten des privaten Konsums halten sich konstant auf einem sehr hohen Niveau. Dies hängt eng mit dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau und der kräftigen Steigerung der real verfügbaren Einkommen zusammen. Für das Jahr 2017 prognostiziert der Sachverständigenrat eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,0 Prozent. Bereinigt um die unterschiedliche Anzahl an Arbeitstagen liegt die Erhöhung

sogar bei 2,3 Prozent. Die deutsche Wirtschaft kommt damit allmählich in eine Boomphase. Für 2018 wird eine Wachstumsrate von 1,4 Prozent geschätzt. Daraus, und aus der nur sehr langsam normalisierten Geldmengenpolitik der Europäischen Zentralbank, resultiert eine Inflationsdynamik, die in 2018 wegen der stagnierenden Energiepreise dennoch moderat bleiben wird. Perspektivisch ist mittelfristig mit einer steigenden Preisentwicklung zu rechnen.

Nach dem Rückgang der Kapitalmarktzinsen (Umlaufrendite börsennotierter Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit über neun bis zehn Jahre) im Sommer des Jahres 2016 auf ein historisches Tief von -0,2 Prozent, nahmen diese bis zum Juli 2017 wieder knapp über 0,6 Prozent zu. Die Kapitalmarktzinsen bewegten sich jedoch insgesamt weiter auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die Aktienbewertungen profitierten von diesen günstigen Rahmenbedingungen. Während der Euro Stoxx 50 mit 6,5 Prozent bereits nennenswert zulegte, stieg der Deutsche Aktienindex DAX mit einem Plus von 12,6 Prozent auf einen Stand von 12.918 Punkten zum Jahresende noch deutlicher an.

Für die gesamte Versicherungswirtschaft prognostiziert der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ein Prämienwachstum gegenüber 2016. Verglichen mit dem Vorjahr legten die gebuchten Bruttobeiträge insgesamt in 2017 demnach um etwa 1,3 Prozent (Vj. 0,2 Prozent) zu.

Die Beitragseinnahmen des selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäfts erhöhten sich um hochgerechnete 2,9 Prozent (Vj. 2,9 Prozent). Ursächlich hierfür waren unter anderem steigende Versicherungssummen sowie Deckungserweiterungen in den Sachversicherungen. Hinsichtlich der Schadenaufwendungen war das Geschäftsjahr 2017 durch mehrere eher kleinere Unwetterereignisse geprägt. So verursachten beispielsweise gegen Ende des ersten Halbjahres Stürme und Unwetter laut GDV versicherte Schäden in Höhe von circa 300 Millionen €. Im Vergleich zu 2016, das in Bezug auf Sturm- beziehungsweise Hagelereignisse unterdurchschnittlich ausgefallen war, legten die Schadenleistungen dennoch zu. Basierend auf Verbandshochrechnungen des GDV sind in dem Versicherungszweig der Verbundenen Wohngebäude entsprechend versicherungstechnische Verluste zu erwarten.

Im Versicherungszweig Rechtsschutz fiel das Beitragswachstum vor allem aufgrund von Beitragsanpassungsmöglichkeiten mit rund 4,0 Prozent ebenfalls kräftig aus, wenn auch geringer als im Vorjahr (Vj. 5,7 Prozent). Bestehende Beitragsanpassungsmöglichkeiten zum 1. Oktober 2017 werden im Geschäftsjahr 2018 in der Branche ein weiteres Ansteigen der Prämien bewirken. Obwohl die Zunahme an Beiträgen den Zuwachs des Schadenaufwands überstieg, ergibt sich nach drei von versicherungstechnischen Verlusten geprägten Jahren für diesen Versicherungszweig unter dem Strich jedoch auch für das vierte Berichtsjahr noch kein versicherungstechnischer Gewinn: In 2017 liegt die branchenweite kombinierte Schaden- und Kostenquote nach einer Prognose des GDV bei etwa 100 Prozent.

Die Branche der privaten Krankenversicherung erwartete ebenso ein deutliches Beitragswachstum mit etwa 3,5 Prozent (Vj. 1,2 Prozent). Im Rahmen der guten konjunkturellen Entwicklung wirkte sich hier die steigende Zahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen positiv auf den Bestand in der Vollversicherung aus.

Geschäftsverlauf

Die Interlloyd konnte erneut ein positives Beitragswachstum erzielen und somit den Expansionskurs der vergangenen Jahre fortsetzen. Auch trotz der Beendigung eines in 2014 geschlossenen Konsortialvertrags wurde auf dem weiterhin sehr wettbewerbsintensiven Versicherungsmarkt ein Prämienanstieg von 1,1 Prozent (Vj. 4,6 Prozent) erzielt. Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 60.586 T€ (Vj. 59.928 T€).

Wie bereits zuvor in den gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen beschrieben, wurde der Schadenaufwand des abgelaufenen Geschäftsjahres in der Versicherungsbranche unter anderem durch Starkregenereignisse belastet. Die Interlloyd dagegen blieb in 2017 von diesen teilweise eher regionalen Extremwetterphänomenen weitestgehend unbeeinflusst. Dies führte vor allem in der Sparte Verbundene Hausratversicherung zu einem Rückgang der Schadenmeldungen um circa 350 Fälle. Über alle Versicherungszweige gingen die gemeldeten Geschäftsjahresschäden gegenüber dem Vorjahr um etwa 5 Prozent zurück. Zusätzlich führte eine positive Entwicklung der gemeldeten Geschäftsjahres-Großschäden zu einer weiteren Entlastung des Bruttoschadenaufwands. Gegenüber dem Vorjahr profitierte insbesondere der Versicherungszweig der Verbundenen Wohngebäudeversicherung von einer geringeren Anzahl von Großschadenmeldungen für Geschäftsjahresschäden, sodass der Bruttoschadenaufwand allein durch Großschäden in Summe um 1.997 T€ zurückging. Insgesamt reduzierte sich der Bruttoschadenaufwand um circa 2.462 T€. Die Bruttoschadenquote sank im abgelaufenen Geschäftsjahr um 4,8 Prozentpunkte auf 45,3 Prozent.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb lagen mit 23.549 T€ etwa 0,2 Prozent unter Vorjahresniveau. Grund hierfür war vor allem, dass die durch das Beitragswachstum gestiegenen Provisionsaufwendungen durch leicht geringere Kosten für Informationstechnik, hauptsächlich für Projekte, ausgeglichen wurden. In Summe reduzierte sich die Bruttokostenquote auf 39,0 Prozent (Vj. 39,7 Prozent).

Die Schadenkostenquote brutto ging auf 84,4 Prozent (Vj. 89,8 Prozent) zurück und konnte somit erneut deutlich unter 100 Prozent abschließen.

Die Ausläufer der Finanz- und Schuldenkrise belasteten das Ergebnis der Interlloyd nicht messbar. Die in diesem Zusammenhang als besonders schadenträchtig zu beurteilenden Versicherungszweige, wie beispielsweise die Kreditversicherung, wurden in 2017 nicht betrieben. Das Kapitalanlageergebnis der Gesellschaft schloss mit 1.481 T€ um 157 T€ über dem Wert des Vorjahres. Dabei profitierte das Kapitalanlageergebnis erneut von Zuschreibungen sowie von nahezu ausbleibenden Abschreibungen auf Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

Ertragslage

Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen sind im zu berichtenden Geschäftsjahr 2017 von 59.928 T€ um 1,1 Prozent auf 60.586 T€ gestiegen. Nach Abzug der Rückversicherungsabgaben und Veränderung der Beitragsüberträge verblieben verdiente Beiträge für eigene Rechnung von 29.161 T€ (Vj. 28.808 T€).

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle haben 45,3 Prozent (Vj. 50,1 Prozent) und die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb 39,0 Prozent (Vj. 39,7 Prozent) der verdienten Bruttobeiträge erfordert. Die Vergleichszahlen – bezogen auf die verdienten Nettobeiträge – betragen bei den Aufwendungen für Versicherungsfälle 49,6 Prozent (Vj. 52,1 Prozent) und bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb 38,3 Prozent (Vj. 41,2 Prozent).

Maßgeblichen Einfluss auf die Schadenquote hatten vor allem der Rückgang der gemeldeten Geschäftsjahresschäden sowie der günstige Verlauf von Geschäftsjahres-Großschäden. Durch die, für die Gesellschaft günstige Sturm- und Unwetterentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr, profitierte insbesondere der Bruttoschadenaufwand in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung. Die bilanzielle Schadenquote vor Rückversicherung ging in dieser Sparte, zusätzlich bedingt durch höhere Prämieinnahmen, von 58,7 Prozent auf 50,4 Prozent zurück.

Das Volumen der passiven Rückversicherung ist im Geschäftsjahr 2017 von 30.914 T€ auf 31.325 T€ gestiegen. Von den abgegebenen Rückversicherungsbeiträgen entfielen rund 92 Prozent auf die ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, mit der ein Quotenrückversicherungsvertrag besteht. Diese Aktionärsquote betrug unverändert 50 Prozent. Die Rückversicherung profitierte von dem erfreulichen Bruttoschadenverlauf des vergangenen Geschäftsjahres. Dies belastete im Gegenzug das Ergebnis der Interlloyd mit 5.615 T€ (Vj. 3.552 T€).

Das versicherungstechnische Ergebnis der Interlloyd war im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut durch notwendig gewordene Veränderungen der Schwankungsrückstellung gekennzeichnet. Die Schadenkostenquote netto lag mit 87,8 Prozent (Vj. 93,2 Prozent) erneut unter 100 Prozent. Zusätzlich des sonstigen versicherungstechnischen Ergebnisses wurde vor Schwankungsrückstellung ein versicherungstechnischer Gewinn von 2.713 T€ (Vj. 1.494 T€) erzielt. Nach Schwankungsrückstellung schloss die versicherungstechnische Gesamtrechnung mit einem Gewinn von 1.934 T€ (Vj. Verlust 718 T€) ab.

In der nichtversicherungstechnischen Rechnung belief sich das Kapitalanlageergebnis auf 1.481 T€ (Vj. 1.323 T€) und das sonstige Ergebnis auf –986 T€ (Vj. –715 T€). Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit betrug 2.428 T€ (Vj. Verlust 110 T€).

Aufgrund des zum 1. Januar 1999 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG wurde ein Gewinn in Höhe von 2.424 T€ (Vj. Verlust 115 T€) an die Muttergesellschaft abgeführt.

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Versicherungszweigen des selbst abgeschlossenen Geschäfts wird unter Angabe der wesentlichen Ergebnispositionen wie folgt erläutert:

Unfallversicherung: Die Beitragseinnahmen in der Allgemeinen Unfallversicherung betragen brutto 10.181 T€ (Vj. 10.789 T€). Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 5.003 T€ (Vj. 5.330 T€). Bei einem Schadenaufwand von 2.750 T€ (Vj. 2.708 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 1.889 T€ (Vj. 2.140 T€), jeweils für eigene Rechnung, wurde ein versicherungstechnischer Gewinn von 347 T€ (Vj. 532 T€) vor Schwankungsrückstellung erzielt. Nach einer Entnahme von 488 T€ (Vj. Zuführung 10 T€) aus der Schwankungsrückstellung ergab sich ein Gewinn von 834 T€ (Vj. 523 T€).

Haftpflichtversicherung: In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung stiegen die Bruttobeitragseinnahmen von 5.388 T€ auf 5.486 T€. Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 2.543 T€ (Vj. 2.481 T€). Bei einem Schadenaufwand von 854 T€ (Vj. 861 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 950 T€ (Vj. 1.059 T€), jeweils für eigene Rechnung, entstand ein versicherungstechnischer Gewinn von 707 T€ (Vj. 564 T€). Eine Schwankungsrückstellung war im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zu bilden (Vj. Entnahme 776 T€). Der auszuweisende Gewinn betrug 707 T€ (Vj. 1.340 T€).

Verbundene Hausratversicherung: Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 15.998 T€ (Vj. 15.980 T€). Die nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge verbliebenen verdienten Beiträge für eigene Rechnung von 7.609 T€ (Vj. 7.572 T€) konnten den Schadenaufwand von 3.784 T€ (Vj. 3.835 T€) und die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 2.878 T€ (Vj. 3.073 T€) ausgleichen, sodass ein versicherungstechnischer Gewinn von 646 T€ (Vj. 460 T€) auszuweisen war. Nachdem 9 T€ der Schwankungsrückstellung entnommen wurden (Vj. 97 T€), erhöhte sich der versicherungstechnische Gewinn auf 655 T€ (Vj. 557 T€).

Verbundene Wohngebäudeversicherung: Die Beitragseinnahmen betragen brutto 18.736 T€ (Vj. 18.619 T€). Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 8.802 T€ (Vj. 8.684 T€). Bei einem Schadenaufwand von 4.658 T€ (Vj. 4.942 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 3.383 T€ (Vj. 3.611 T€), jeweils für eigene Rechnung, war ein versicherungstechnischer Gewinn von 429 T€ (Vj. Verlust 95 T€) zu verzeichnen. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 968 T€ (Vj. 2.753 T€) ergab sich ein Verlust in Höhe von 539 T€ (Vj. 2.848 T€).

Übrige Versicherungen: Bei den übrigen betriebenen Versicherungszweigen überwogen die Bruttobeitragseinnahmen aus der Feuerversicherung mit 2.288 T€ (Vj. 2.051 T€), der Einbruchdiebstahlversicherung mit 1.451 T€ (Vj. 1.413 T€) und der Glasversicherung mit 1.418 T€ (Vj. 1.377 T€). Ferner sind in den übrigen Versicherungen die Technische Versicherung mit 1.060 T€ (Vj. 962 T€), die Leitungswasserversicherung mit 896 T€ (Vj. 765 T€), die Sturmversicherung mit 418 T€ (Vj. 373 T€) sowie die sonstigen Versicherungen enthalten. Für diese Sparten entstanden verdiente Beiträge für eigene Rechnung von 5.204 T€ (Vj. 4.741 T€). Bei einem Schadenaufwand von 2.410 T€ (Vj. 2.655 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 2.057 T€ (Vj. 1.979 T€), jeweils für eigene Rechnung, war ein versicherungstechnischer Gewinn von 584 T€ (Vj. 32 T€) zu verzeichnen. Nach Zuführung von 307 T€ (Vj. 322 T€) zur Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnischer Gewinn von 277 T€ (Vj. Verlust 290 T€).

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

Kapitalflussrechnung

(in Euro)	2017	2016
Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit		
Periodenergebnis	2.423.612	-114.598
Zunahme (+)/Abnahme (-) der versicherungstechnischen Rückstellungen – netto	1.753.272	3.625.463
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Depot- und Abrechnungsforderungen	-313.335	678.567
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Depot- und Abrechnungsverbindlichkeiten	-119.195	117.481
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	-46.015	24.558
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	-184.398	-301.515
Zunahme (-)/Abnahme (+) der sonstigen Forderungen	349.874	-1.394.944
Zunahme (+)/Abnahme (-) der sonstigen Verbindlichkeiten	-61.818	-992.770
Veränderung sonstiger Bilanzposten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.005.046	-2.562.023
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	46.538	31.067
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	26.930	0
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	0	0
Ertragsteueraufwand/-ertrag	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Ertragsteuerzahlungen	10.000	0
Mittelfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-119.582	-888.712
Mittelfluss aus Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	0	0
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
Einzahlungen aus dem Abgang von Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	0	0
Auszahlungen für Investitionen in Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit	0	0
Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	0	0
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Verlustübernahme durch Muttergesellschaft	114.598	877.463
Einzahlungen (+)/Auszahlungen (-) aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0	0
Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit	114.598	877.463
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-4.984	-11.250
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	614.915	626.165
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	609.932	614.915

Der Zahlungsmittelbestand umfasst nur die Banksalden und den Kassenbestand; Zahlungsmitteläquivalente sind nicht enthalten.

Vermögenslage

Das Kapitalanlagevolumen ist im Geschäftsjahr 2017 um 8,9 Prozent auf 54.380 T€ gestiegen. Die Aufteilung der Kapitalanlagen nach Anlageklassen ergibt sich wie folgt:

Kapitalanlagestruktur

(in Tausend Euro)	2017		2016	
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	1.004	1,9 %	1.004	2,0 %
Aktien und Investmentanteile	13.100	24,1 %	11.538	23,1 %
Inhaberschuldverschreibungen	27.295	50,2 %	22.376	44,9 %
Namenschuldverschreibungen	6.000	11,0 %	6.000	12,0 %
Schuldscheinforderungen, Darlehen	6.980	12,8 %	9.006	18,0 %
Einlagen bei Kreditinstituten	0	0,0 %	0	0,0 %
	54.380	100,0 %	49.925	100,0 %

Innerhalb der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere werden Anteile an einem gemischten Spezialfonds, zwei Aktienfonds und einem Rentenfonds ausgewiesen, die gemäß § 341 b Handelsgesetzbuch (HGB) dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Aufgrund eingetretener Wertaufholungen wurden Zuschreibungen in Höhe von 84 T€ (Vj. 94 T€) vorgenommen. Abschreibungen für voraussichtlich dauernde Wertminderungen waren nicht notwendig (Vj. 0,00 €). Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen wurden bei den Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren keine Abschreibungen vermieden (Vj. 0,00 €). Zum Bilanzstichtag sind Investmentanteile mit einem Buchwert von 13.100 T€ dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Zeitwert dieser Kapitalanlagen beträgt 13.947 T€.

Innerhalb der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere werden unter anderem 13 Titel ausgewiesen, die gemäß § 341 b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind. Zuschreibungen aufgrund eingetretener Wertaufholungen sowie Abschreibungen für voraussichtlich dauernde Wertminderungen auf diese Papiere wurden wie im Vorjahr nicht vorgenommen. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen wurden bei den Inhaberschuldverschreibungen Abschreibungen von 1 T€ (Vj. 3 T€) vermieden. Zum Bilanzstichtag beträgt der Buchwert dieser Positionen 2.306 T€, der Zeitwert beläuft sich auf 2.466 T€.

Das Kapitalanlageergebnis hat sich um 157 T€ auf 1.481 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Nettoverzinsung beträgt 2,8 Prozent (Vj. 2,7 Prozent).

Kennzahlen zur Entwicklung der Gesellschaft über einen Zeitraum von drei Jahren sind im Überblick zu Beginn des Geschäftsberichts aufgeführt. Angaben zu den stillen Reserven der Kapitalanlagen werden im Anhang zur Bilanz dargestellt (Seiten 52 und 53).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Interlloyd als Kompositversicherer ist Teil des ARAG Konzerns. In seinen Unternehmensgrundsätzen formuliert der ARAG Konzern sein Selbstverständnis klar: Die ARAG ist der international erfolgreiche, innovative Qualitätsversicherer – unabhängig und in Familienbesitz. Seit mehr als 80 Jahren beruht die Geschäftsidee auf dem Anspruch, Chancengerechtigkeit zu schaffen. Entsprechend unterstützt der ARAG Konzern seine Kunden, sich persönliche Handlungsspielräume zu eröffnen – in jeder Lebensphase.

Mit ihren innovativen Versicherungsprodukten und nutzenstiftenden Services werden die Risiken der Kunden abgesichert, damit sich diese voll und ganz auf ihre Chancen und damit auf ein aktives, unabhängiges Leben konzentrieren können.

So wurden auch im Berichtsjahr die Produkte und Dienstleistungen konsequent ausgebaut – immer klar geleitet durch die sich weiter wandelnden Anforderungen und Bedürfnisse der Kunden und Verbraucher. Durch das optimale Zusammenspiel dieser innovativen Produktarbeit mit einer leistungsstarken Belegschaft, einer modernen Markenpräsenz sowie der klaren strategischen Positionierung als unabhängiger, internationaler Qualitätsversicherer schafft das Unternehmen optimale Voraussetzungen für weiteres nachhaltiges Wachstum.

Innovation Maßgebliche Impulse zu setzen und den Markt mit innovativen, richtungsweisenden Produkt- und Serviceideen zu gestalten, ist für die ARAG und ihre Tochter- und Enkelgesellschaften essenziell. Das spiegelt sich in verschiedensten Bereichen wider – vor allem im zielgerichteten Ausbau des Portfolios, das stetig im Sinne und zum Nutzen der Kunden weiterentwickelt wird.

Auch bei seinen Internetauftritten schlägt der ARAG Konzern immer weiter neue Seiten auf. So wurde im Berichtsjahr der Relaunch aller deutschen ARAG Webseiten erfolgreich abgeschlossen. Konzeptionelles wie technisches Vorbild hierfür war und ist die kontinuierlich optimierte Internetpräsenz www.ARAG.de. Diese platzierte sich im Dezember 2017 bei der regelmäßig durchgeführten Studie der AMC Finanzmarkt GmbH erstmals als bester Internetauftritt von insgesamt 126 untersuchten Versicherern. Bei diesem Vergleich der „Assekuranz im Internet“ erzielte die ARAG die herausragende Gesamtbewertung von 100 Prozent.

Grundvoraussetzung, um in den verschiedensten Bereichen die Digitalisierung erfolgreich voranzutreiben, ist unter anderem die Modernisierung der IT. Der Konzern hat Mitte 2017 einen wichtigen Meilenstein umgesetzt und sich von der Großrechnerwelt verabschiedet. Seither arbeitet die Gesellschaft ausschließlich mit hochmodernen Linux-basierten Servern. Diese leistungsstarke Systemarchitektur mit verteilten Serversystemen wird nicht zuletzt auch in puncto Sicherheit und Stabilität künftigen Anforderungen im IT-Betrieb gerecht. Damit wurde längst das eingeführt, was viele Wettbewerber erst noch angehen. Ein weiteres Großprojekt ist die im Berichtsjahr gestartete Einführung der Software „Office 365“. Mit der cloudbasierten Officeanwendung werden für Mitarbeiter sowie für Kunden neue, flexible Formen der Zusammenarbeit und Kommunikation geschaffen. Datenschutz, Datensicherheit und Qualitätsstandards genießen dabei höchste Priorität. Nach der erfolgreichen Pilotphase im vergangenen Jahr ist der Rollout auf europäischer Ebene bis Ende 2018 geplant.

Produkte und Produktentwicklung Als innovativer Qualitätsversicherer hat die Interlloyd Versicherungs-AG nicht nur völlig neuartige Produktkonzepte und Serviceleistungen geschaffen, sondern ihr bestehendes Produktportfolio kontinuierlich weiter ausgebaut.

So wurde beispielsweise für gewerbliche Kunden ein innovatives Produkt entwickelt: der Interlloyd CyberSchutz. Dieser ist speziell auf die Bedürfnisse kleinerer Betriebe und Selbstständige zugeschnitten und bietet passgenauen Schutz vor finanziellen Schäden aufgrund von Cyber-Kriminalität und Hacker-Aktivitäten kombiniert mit effektiven Sofortmaßnahmen. Für eine umfangreichere Absicherung steht auch ein zusätzlicher Baustein, der Interlloyd CyberSchutz Plus, zur Verfügung. Der neue Interlloyd CyberSchutz bietet somit eine sinnvolle Ergänzung zu der bestehenden Produktpalette für Betriebe und Selbstständige und vervollständigt die passgenauen Versicherungslösungen der Gesellschaft im gewerblichen Bereich.

Vom umfassenden, passgenauen Schutz, den der Kompositversicherer Interlloyd seinen Kunden bietet, zeugen verschiedenste Auszeichnungen und Top-Ratings. So wurde die Wohngebäudeversicherung Eurosecure-Plus zusammen mit dem Haus- und Wohnungsschutzbrief durch das Analysehaus Franke und Bornberg mit der Bestnote „hervorragend“ (FFF) bewertet. Ebenfalls die bestmögliche Auszeichnung „herausragend“ erhielt die Wohngebäudeversicherung durch „[ascore] Das Scoring“. Die funktionale Invaliditätsversicherung Existenz-Schutz erhielt durch „[ascore] Das Scoring“ die Top-Bewertung „ausgezeichnet“.

Mitarbeiter und Mitarbeiterqualifizierung Bei der Erfüllung ihres Leistungsversprechens bauen der Konzern und seine Tochter- und Enkelgesellschaften auf eine kompetente und sehr leistungsbereite Belegschaft. Zum Ende des Geschäftsjahres 2017 zählte die Interlloyd Versicherungs-AG insgesamt 51 Mitarbeiter. Von diesen 51 Beschäftigten waren 49 Personen in Vollzeit und zwei Personen in Teilzeit tätig. Darüber hinaus bildet das Unternehmen im Berufsbild „Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen“ erfolgreich aus. Neben der Berufsausbildung hat die Qualifizierung und Entwicklung der Belegschaft einen ausgesprochen hohen Stellenwert. Mit der webbasierten Qualifizierungsplattform ARAG IQ können alle Mitarbeiter ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auf dem neuesten Stand halten. Zum Weiterbildungsangebot zählen Präsenzseminare und Trainings ebenso wie E-Learnings. Die Inhalte sind breit gefächert – von Executive-Programmen über Seminare zur persönlichen und sozialen Kompetenz bis hin zu Projektmanagementtrainings, Coachings und Fremdsprachen. Seit 2016 werden alle geplanten und durchgeführten Weiterbildungen zentral auf ARAG IQ dokumentiert. Ab 2018 werden ebenfalls die Weiterbildungsanforderungen, resultierend aus den Vorgaben der neuen Versicherungsvertriebsrichtlinie Insurance Distribution Directive (IDD), über ARAG IQ festgehalten und überwacht.

Ein weiterer wesentlicher Baustein zur Bindung von qualifizierten Mitarbeitern im Konzern ist das hausinterne Talentmanagementprogramm ARAG myCareer. 2011 eingeführt, bietet dieses ein erweitertes Instrumentarium der Personalauswahl und Personalentwicklung. Es unterstützt somit die Mitarbeiter in ihrer Entwicklungs- und Karriereplanung und sichert gleichzeitig den Erhalt des fachlichen und überfachlichen Wissens im Unternehmen.

ARAG Essentials Mit der Überarbeitung der ARAG Essentials – den Unternehmensgrundsätzen für den ARAG Konzern – ist im Geschäftsjahr 2014 ein vielfältiges Vermittlungskonzept „ARAG Essentials 2.0“ entwickelt worden, das im März 2015 startete.

Im Rahmen des Vermittlungsprozesses wurden konzernweite Gespräche durchgeführt, ein ARAG Essentials Onlinetool auf www.ARAG.com veröffentlicht und Wertepartnerschaften ins Leben gerufen. Das Onlinetool steht allen Nutzern über die Konzernwebseite jederzeit und in sämtlichen Konzernsprachen zur Verfügung. Virtuell und spielerisch können Details zu den ARAG Essentials sowie zu den Standorten des Konzerns „erfahren“ werden. Regelmäßige Aktualisierungen halten das Tool auf neuestem Stand – inklusive neu hinzugekommener Ländergesellschaften.

Seit dem Jahr 2012 wird der ARAG AWARD verliehen, um eine vorbildliche Umsetzung der ARAG Essentials zu honorieren. In den drei Kategorien „National“, „International“ und „Vertrieb (National)“ werden seitdem von Mitarbeitern proaktiv eingebrachte Teamprojekte ausgezeichnet, die eine gelungene Umsetzung im Arbeitsalltag beispielhaft vorleben. Diese Projekte zählen nicht nur auf die ARAG Essentials-Werte ein, sondern auch auf den damit verbundenen Auftrag – in Form von Kundenorientierung, Kompetenz, Leistungsfähigkeit. Die Gewinnerteams werden auf der jeweils nächsten ARAG Führungskräfteveranstaltung ausgezeichnet.

Unternehmerische Verantwortung Der verantwortungsvolle Umgang mit Mitarbeitern sowie Kunden und Geschäftspartnern basiert im ARAG Konzern auf einem langfristigen und damit nachhaltigen Handeln. Die ARAG positioniert sich als der international erfolgreiche, innovative Qualitätsversicherer – unabhängig und in Familienbesitz. Aus diesem Grundverständnis heraus nimmt das Unternehmen seine gesellschaftliche Verantwortung sehr ernst. Heinrich Faßbender verfolgte mit der Gründung der ARAG vor mehr als 80 Jahren ein klares Ziel: Allen Bürgern sollte eine Chancengleichheit vor dem Recht ermöglicht werden. Diese Idee gilt unverändert – und sie verankert ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung direkt im ARAG Geschäftsmodell.

Mit dem Schlagwort „Corporate Responsibility“ verbindet die ARAG heute die nachhaltige Führung des Geschäfts auf verschiedenen Ebenen: Kunden und Verbraucher sollen mit den Produkten und Services des Unternehmens einen höchstmöglichen Nutzen erzielen. Darüber hinaus nimmt die ARAG auch Verantwortung für ihre Mitarbeiter wahr und fördert passende gesellschaftliche Projekte. Die Grundsätze zur Unternehmensführung (Corporate Governance) bilden über fest verankerte Selbstverpflichtungen den Rahmen für ein gesellschaftskonformes Handeln.

Vertriebskodizes Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 sind sämtliche deutschen ARAG Konzerngesellschaften dem überarbeiteten Verhaltenskodex des GDV für den Vertrieb von Versicherungsprodukten beigetreten. Dieser stellt ein klares Bekenntnis der Branche zu mehr Verbraucherschutz, höherer Beratungsqualität, Vermittlerqualifikation und transparenten, verbindlichen Regelungen für den Umgang mit Kunden dar – und schafft damit die Voraussetzungen für eine Vertrauensstärkung in den gesamten Bereich der Versicherungsvermittlung.

Der GDV-Verhaltenskodex schreibt eine verbindliche Prüfung im Zwei-Jahres-Rhythmus durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer vor. Alle nationalen ARAG Gesellschaften haben sowohl die Erstprüfung im Jahr 2015 als auch die Folgeprüfung im Jahr 2017 erfolgreich als Angemessenheitsprüfung durchgeführt. Die als Prüfungsgrundlage geltende Beschreibung des Compliance-Management-Systems sowie der positive Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers sind entsprechend auf der GDV-Homepage veröffentlicht worden. Die Angemessenheitsprüfung untersucht, ob die internen Unternehmensvorschriften den Regelungen des Kodexes entsprechen. Damit sorgt dieser für ein hohes Maß an Verbindlichkeit und Selbstkontrolle. Die ARAG Versicherungsgesellschaften beweisen mit dem Prüfungsbericht, dass sie die anspruchsvollen Anforderungen des Kodexes an Beratungsqualität, Produktentwicklung und Vertriebssteuerung entsprechend umgesetzt sowie dessen wesentliche Kernziele erfolgreich und nachhaltig in ihrer Compliance- und Vertriebsorganisation implementiert haben.

Für die ARAG Gesellschaften gilt bindend, die Vermittler aus dem Stamm- und Partnervertrieb auf die Einhaltung der Kodexvorgaben zu verpflichten. Dafür werden bereits durch den Beratungsansatz „Roter Faden“ im Stammvertrieb viele elementare Schritte vorweggenommen; darüber hinaus gehört ein hohes Qualitätsversprechen an die Kunden per se zur Positionierung der ARAG als Qualitätsversicherer.

Termingerecht zum 23. Februar 2018 ist die Umsetzung der Insurance Distribution Directive (IDD) im Unternehmen erfolgt – die EU-Richtlinie über den Versicherungsvertrieb. Mit dieser will der europäische Gesetzgeber zu einem verstärkten Verbraucherschutz beitragen und einheitliche Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure im Versicherungsvertrieb schaffen. Die neuen Vorschriften beziehen sich unter anderem auf Vergütungssysteme, die Qualifikation und Weiterbildungspflicht von Mitarbeitern im Außen- und Innendienst sowie auf zusätzliche Anforderungen bei Beratungs- und Dokumentationsprozessen. Die neue EU-Richtlinie bietet der ARAG die Chance, qualitativ noch besser zu werden und das Kundeninteresse konsequent in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei stehen der Vertrieb, aber auch das Versicherungsprodukt an sich im Fokus – beginnend mit der Entwicklung nebst Vorgaben zur Produktinformation bis hin zum Kundenkontakt und der Abwicklung eines Schadens.

Der ARAG Konzern hat in den vergangenen Jahren nicht nur durch sein ganzheitliches Beratungskonzept im ARAG Stammvertrieb und den Beitritt zum GDV-Verhaltenskodex gründliche Vorarbeit geleistet. Für alle nationalen Gesellschaften wurden einheitliche Standards ausgerollt und die EU-Richtlinie konnte entsprechend fristgerecht umgesetzt werden.

ARAGcare Der ARAG Konzern und seine Tochter- und Enkelgesellschaften gelten als anspruchsvoller Arbeitgeber mit einer hohen Leistungserwartung an ihre Belegschaft. Im Gegenzug investiert das Unternehmen in umfassende Angebote für die Mitarbeiter. Zentrales Element ist das betriebliche Gesundheitsmanagement ARAGcare.

Die persönliche Gesundheit der Mitarbeiter steht in der ersten Säule von ARAGcare im Mittelpunkt. Hier zählen zu den bewährten Komponenten Gesundheitschecks, vielfältige Betriebssportmöglichkeiten, regelmäßige medizinische Präventionsangebote oder Gesundheitskurse. Das Unternehmen setzt außerdem ein betriebliches Eingliederungsmanagement zur professionellen Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen um. Für eine optimale Unterstützung der Betroffenen werden regelmäßig externe Experten hinzugezogen.

Daneben wurde im Berichtsjahr ein starker Schwerpunkt auf die zweite Säule von ARAGcare gelegt: der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In diesem Bereich wurde die ARAG 2017 erneut zertifiziert. Was offiziell Re-Auditierung heißt, ist für das Versicherungsunternehmen Auszeichnung und Selbstverpflichtung zugleich. Die Zertifizierung der beruf- und familie Service GmbH, einer Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, ist als mehrstufiges, anspruchsvolles Verfahren angelegt. Die erste Auditierung erfolgte im Juni 2014. Für das Nachfolgezertifikat wurden im Spätsommer 2017 der Status quo sowie die Weiterentwicklung einer familien- und lebensphasenbewussten Personalpolitik genau analysiert. Nach umfangreichen Evaluierungsarbeiten wurden neue Ziele vereinbart sowie Maßnahmen festgesteckt, welche verbindlich bis 2020 umsetzen wird. Dazu zählen beispielsweise der Bereich Führung mit der Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen sowie die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit- und Arbeitsortgestaltung. Darüber hinaus stehen der Ausbau der Information und Kommunikation rund um Vereinbarkeitsthemen sowie die Freistellung für Sabbaticals im Fokus.

Für das umfangreiche Angebot im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die ARAG beim „Corporate Health Award 2017“ nunmehr zum achten Mal mit einem Gütesiegel zertifiziert worden.

Gesellschaftliche Verantwortung Die ARAG ist ein Familienunternehmen. Dadurch besitzt die Verbindung von unternehmerischer und gesellschaftlicher Verantwortung einen besonders hohen Stellenwert. Durch die Unabhängigkeit als Familienunternehmen gewinnt die Übernahme von Verantwortung noch zusätzlich an Gewicht: Aus seiner Unabhängigkeit leitet der ARAG Konzern die Verpflichtung ab, sie auch verantwortungsvoll einzusetzen. Deshalb bietet die ARAG seit März 2014 erfolgreich das innovative Förderprojekt „Konfliktmanagement an Schulen“ an.

Mit Unterstützung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) wird dieses Programm allen weiterführenden Schulen und Berufskollegs in NRW angeboten. An dem Projekt haben in bisher vier Ausbildungsdurchgängen insgesamt 316 Lehrkräfte, Fachkräfte für Schulsozialarbeit und Eltern von 96 weiterführenden Schulen und Berufskollegs in verschiedenen Schulbezirken in NRW teilgenommen. Derzeit wird das Projekt an zwölf weiteren Schulen durchgeführt. Im Fokus steht die Einführung flächendeckender Qualitätsstandards von Konfliktmanagementstrukturen, Präventions- und Interventionsmaßnahmen. Lehrkräfte, Eltern, Fachkräfte für Schulsozialarbeit sowie Schulpfarrer werden als Schulmediatoren und von ihnen später Schüler als Konfliktlotsen ausgebildet. Das Projekt wurde unter dem Namen „ARAG Mediators“ von der Clinton Global Initiative (CGI) als „Commitment to Action“ zertifiziert.

Seit September 2016 ist die ARAG Förderer der MediationsZentrale München e.V. Das Team Schulmediation des gemeinnützigen Vereins schickt regelmäßig professionell ausgebildete Mediatoren an öffentliche und private Schulen im Großraum München, wo sie als neutrale Ansprechpartner für alle Konflikt- und Problemfälle im schulischen Alltag zur Verfügung stehen.

Ein weiteres zentrales Themenfeld ist das Internet. Es verändert und beeinflusst weltweit das Leben der Menschen – in starkem Maße auch das von Kindern und Jugendlichen – und birgt auch Gefahren. Um diesen vorzubeugen, ist eine geeignete Prävention wichtig. Die ARAG besitzt eine umfangreiche Erfahrungspalette rund um Prävention und sieht wichtige Präventionsfelder in der nachhaltigen Förderung von Medienkompetenz, der Information und Aufklärung sowie der Sensibilisierung für Mobbingfolgen.

Im Jahr 2017 hat sich die ARAG daher noch stärker auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte im Netz konzentriert. Auf ihre Initiative wurde gemeinsam mit der Forschungsstelle für IT-Recht und Netzpolitik der Universität Passau ein gemeinsames Forschungsprojekt gestartet. Inhalt des Vorhabens ist die Entwicklung einer Alternative zum umstrittenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Die Ergebnisse sind im Rahmen des „Safer Internet Day“ Anfang Februar 2018 veröffentlicht worden.

Darüber hinaus erstreckt sich das gesellschaftliche Engagement auf die gezielte Förderung der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) im Bereich der digitalen Bildung. Diese stärkt in bundesweiten Projekten und Programmen Kinder und Jugendliche seit 20 Jahren darin, ihr Leben couragiert selbst in die Hand zu nehmen und die Gesellschaft mitzugestalten. Schulen in ganz Deutschland stehen vor der Herausforderung des digitalen Wandels. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung der schulischen Bildung zahlreiche Chancen. ARAG und DKJS starteten daher im November 2017 in einer gemeinsamen Initiative das Programm „bildung.digital“. Schulen werden dabei unterstützt, Konzepte der digitalen Bildung an ihren Schulen zu entwickeln und zu verankern. In der Programmstelle „bildung.digital-Netzwerk ganztägig bilden“ begeben sich 40 Ganztagschulen aus acht Bundesländern in vier länderübergreifenden Netzwerken auf diesen Weg.

Um Chancengerechtigkeit geht es auch bei dem Düsseldorfer Projekt „Kickwinkel“, das die ARAG gemeinsam mit anderen lokalen Partnern initiiert hat und fortlaufend unterstützt. „Kickwinkel“ ist ein integratives Fußballprojekt für unbegleitete männliche Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan, Somalia, Eritrea, Gambia, Guinea und Iran. Die 20 Jugendlichen trainieren zweimal wöchentlich bei einem Düsseldorfer Verein. Im Juli 2017 fand ein Turnier mit Mannschaften aller Projektpartner statt. Hier bewies sich einmal mehr: „Sport verbindet“.

III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, hat nach § 20 Abs. 1 und 4 Aktiengesetz (AktG) mitgeteilt, dass sie 100 Prozent der Aktien der Interlloyd Versicherungs-AG hält.

Die ARAG Holding SE, Düsseldorf, ist mittelbar über die ARAG SE, Düsseldorf, wiederum mit Mehrheit an der ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft beteiligt. Damit ist die Interlloyd ein mittelbar im Mehrheitsbesitz der ARAG Holding SE stehendes und gemäß Artikel 9 Abs. 1 SE-Verordnung vom 10. November 2001 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 AktG abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG.

Zum 1. Januar 1999 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, abgeschlossen, an die im Geschäftsjahr einen Gewinn in Höhe von 2.424 T€ (Vj. Verlust 115 T€) von der Interlloyd abgeführt wird. Die Erstellung eines Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG konnte aufgrund des Abschlusses dieses Ergebnisabführungsvertrags mit dem beherrschenden Unternehmen nach § 316 AktG entfallen.

Im April 2005 erwarb die Interlloyd 100 Prozent der Anteile an der VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf. Die VIF hat im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss von 214 T€ (Vj. 216 T€) erwirtschaftet und ist mit einem gezeichneten Kapital von 30 T€ ausgestattet. Die VIF ist ein abhängiges und im Mehrheitsbesitz der Interlloyd stehendes Unternehmen gemäß § 17 AktG.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft bestehen weiterhin zahlreiche und wesentliche Risiken. Hierzu zählen neben der Gefahr eines überraschenden Wachstumsrückgangs einzelner Volkswirtschaften weltweit auch das Risiko zunehmender protektionistischer Tendenzen sowie politische Risiken, insbesondere in Europa. Dabei ist vor allem die Gefahr eines ungeordneten „harten Brexits“ angesichts des mangelnden Fortschritts bei den Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu nennen. Aber auch eine mögliche Verschärfung des Konflikts in Katalonien und neue politische Konstellationen durch Wahlen in 2018 könnten die Stabilität in Europa gefährden.

Weiterhin ist es möglich, dass die Niedrigzinsen zu Übertreibungen im Finanzsystem beitragen. Es besteht unter anderem das Risiko von Fehlallokationen infolge einer Verzerrung der Marktpreise. Auch ist die Gefahr von Finanzmarktverwerfungen im Zuge des anstehenden Ausstiegs aus der lang anhaltenden Niedrigzinspolitik vieler Notenbanken nicht zu vernachlässigen. Dieser findet bisher, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich statt. Zwar ist die Verbraucherpreisinflation derzeit moderat, doch könnte sich dies angesichts des derzeitigen monetären Umfelds und einer steigenden Kapazitätsauslastung ändern. Die Zentralbanken könnten dann zu einem unerwarteten, schnellen Zinsanstieg gezwungen sein. Darüber hinaus hat seit der Finanzkrise die weltweite Verschuldung weiter zugenommen; sie liegt auf einem historisch hohen Niveau. Während sich die öffentlichen Haushalte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter verschuldet haben, ging hingegen das Volumen der Kredite an die privaten Haushalte und Unternehmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt der letzten Jahre etwas zurück.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den politischen Entwicklungen in Europa. Ein zentraler Punkt ist die ungeklärte politische und ökonomische Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Bislang hatte das Brexit-Votum keine schwerwiegenden realwirtschaftlichen Folgen. Dies lässt darauf schließen, dass überwiegend eine Lösung erwartet wird, die den wirtschaftlichen Schaden begrenzt. Angesichts des bisherigen Verhandlungsprozesses ist jedoch unklar, ob bis zum Frühjahr 2019 eine Einigung erzielt werden kann. Ein Scheitern der Verhandlungen und ein „harter Brexit“ hätten vor allem für das Vereinigte Königreich und in geringerem Maße auch für die europäischen Handelspartner negative wirtschaftliche Effekte. Für die Weltwirtschaft dürfte hieraus kein gravierendes Negativszenario erwachsen. Die politischen Risiken in Europa sind jedoch nicht nur auf die Unsicherheit rund um den Brexit beschränkt. In vielen Mitgliedsstaaten verzeichnen Parteien an den Rändern des politischen Spektrums einen hohen Zulauf. Die Zustimmung zu EU- und Euro-kritischen Parteien ist Umfragen zufolge auf einem sehr hohen Niveau. Die jüngsten Entwicklungen in Katalonien unterstreichen die weiterhin vorhandenen politischen Spannungen. Zusätzliche Risiken bergen darüber hinaus kommende Wahlen im europäischen Raum. Ein Wiederaufflammen der Eurokrise kann somit nicht völlig ausgeschlossen werden.

Diesen Risiken stehen jedoch zahlreiche Chancen und Potenziale für ein stärkeres Wachstum der Weltwirtschaft gegenüber. Eine unerwartet kräftige Investitionsdynamik, vor allem im Euroraum, könnte dafür sorgen, dass die Wachstumsdynamik spürbar höher

ausfällt. Daneben könnte eine expansivere Fiskalpolitik in den Vereinigten Staaten für zusätzliche, bisher nicht berücksichtigte Impulse sorgen. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat eine Fortsetzung des Wachstums weltweit sowie in Europa. Für das Jahr 2018 prognostiziert er einen Zuwachs der Weltwirtschaftsleistung von etwa 3,2 Prozent sowie einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum von 2,1 Prozent.

In Deutschland geht der konjunkturelle Aufschwung in sein fünftes Jahr. Die Kapazitätsauslastung ist höher als gewöhnlich. Die deutsche Wirtschaft wird durch die Boomphase mehr und mehr in die Hochkonjunktur kommen und somit das Risiko einer Überhitzung entsprechend zunehmen. Zudem wird die im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren höhere Inflationsrate dämpfende Effekte auf die Reallohnentwicklung haben. Diese Prognosen mindern jedoch nicht den Trend, dass die privaten Konsumausgaben auch zukünftig weiter ansteigen werden. Aufgrund der stabilen Arbeitsmarktentwicklung ist die Konsumentenstimmung weiterhin sehr gut; die Anschaffungsneigung und Einkommenserwartungen sind positiv. Allerdings nimmt die Verbraucherpreisinflation im Prognosezeitraum voraussichtlich etwas zu. Auch in 2018 wird der private Verbrauch der Hauptantrieb der konjunkturellen Entwicklung bleiben und einen wesentlichen Wachstumsbeitrag zum nationalen Bruttoinlandsprodukt liefern. Die Erwerbstätigkeit wird in 2018 mit voraussichtlich rund 500.000 Personen weiter steigen. Derzeitige Schätzungen gehen von 32,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 4,7 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigten aus.

Insgesamt wird das bisherige Wachstumstempo aller Voraussicht nach im Jahr 2018 dennoch nicht ganz zu halten sein. Aufgrund des hohen Überhangs aus dem abgelaufenen Berichtsjahr geht der Sachverständigenrat trotzdem von einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 Prozent aus.

Die gute konjunkturelle Lage bietet die Chance, im Rahmen einer möglichen Neujustierung der Wirtschaftspolitik Herausforderungen der Zukunft in den Mittelpunkt zu stellen. Hierzu zählen insbesondere der demografische Wandel und die Digitalisierung. Der demografische Wandel wird das Arbeitskräftepotenzial sinken lassen. Bereits jetzt ist in einigen Bereichen der Wirtschaft ein Fachkräftengpass festzustellen. Es wird daher zunehmend wichtig werden, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen und zu binden. Dies könnten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, sowie ein Einwanderungsgesetz bewirken. Zudem sollte das Augenmerk der Politik auf dem Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und der Integration von anerkannten Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt liegen.

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft führt zu einem umfassenden Strukturwandel, den die Politik nach Kräften ermöglichen sollte, beispielsweise durch eine innovationsfreundliche Regulierung, die konsequente Digitalisierung staatlichen Verwaltungshandelns und die Sicherstellung eines flexiblen Arbeitsmarkts. Zudem gilt es, durch die Stärkung der Bildung und Weiterbildung die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer an die neuen Anforderungen der digitalen Arbeitswelt zu erhöhen. Auf der Digitalisierung ruhen große Hoffnungen hinsichtlich zukünftiger Steigerungen der Arbeitsproduktivität. Die zunehmende Vernetzung der Akteure, die damit verbundenen Verbesserungen bei der Bereitstellung und Nutzung von Information sowie die wachsende Reife autonomer Systeme versprechen, die Effizienz von Produktionsprozessen und die Produktqualität zu stei-

gern. Sie erlauben zudem eine Anpassung der Geschäftsmodelle und Prozesse der Leistungserbringung, die sich stärker an den Bedürfnissen und Wünschen der Verbraucher ausrichten.

Die Versicherungswirtschaft ist von diesen genannten Entwicklungen stark beeinflusst. Der GDV berücksichtigt in seinen aktuellen Prognosen unter anderem, dass das makroökonomische Umfeld derzeit etwa durch die geopolitischen Risiken von einer erhöhten Unsicherheit geprägt ist. Eine abweichende konjunkturelle Entwicklung könnte damit auch Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung in der Versicherungswirtschaft mit sich bringen.

Herausforderungen für die Versicherer ergeben sich unverändert aus einer unverkennbaren Intensivierung des Wettbewerbs.

Weitere Handlungsfelder liegen exemplarisch, wie in den Vorjahren auch, in der zunehmenden Ausdifferenzierung der Kundengruppen und zudem, wie oben angesprochen, im demografischen Wandel der Gesellschaft. Zusätzlich sorgen teilweise tiefgreifende Veränderungen in der Produktlandschaft, wie beispielsweise die Pluralisierung der Vertriebsstrukturen, für stetige Bewegungen auf den Versicherungsmärkten.

Darüber hinaus erhöht das Zukunftsthema Digitalisierung den Druck und das Tempo für Veränderungen in der eher konservativen Versicherungsbranche. Mit Fokus auf den Verbraucher gilt es, neue und zusätzliche Vertriebs-, Service- und Kommunikationswege zu eröffnen. Weil der Markt jedoch nicht ausschließlich von Onlinekunden bestimmt wird, werden Entweder-oder-Konzepte sowie kurzfristige Lösungen nicht den Kern der Entwicklung und die Wünsche der Kunden treffen. Je nach Produkt, Zielgruppe und auch Stimmungslage entscheidet sich der Verbraucher für ein digitales Angebot oder eben nicht. Letztlich geht es darum, leichten und barrierefreien Zugang zu smarten Versicherungsleistungen und -services anzubieten. Onlinegeschäftsmodelle werden damit nicht mehr länger besonders preissensitive Kunden ansprechen, sondern ein integraler, möglichst einfach zu handhabender Bestandteil des Leistungsspektrums einer jeden Versicherungsgesellschaft sein müssen.

Risiken ergeben sich für Sachversicherer vor allem durch den immer wieder diskutierten Klimawandel der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Die letzten Jahre zeigten deutlich, dass nicht nur Stürme oder Orkane landesweite Naturgefahren darstellen, sondern auch Starkregen und Hagel zu den immer wiederkehrenden Schadenereignissen zählen. Diese führen zu Hochwasser und Überschwemmungen, wodurch ganze Häuser zerstört werden. Bereits in der Vergangenheit wurden daher bundes- und landesweite Elementarschadenkampagnen durchgeführt sowie ein überregionales Naturgefahrenportal eingerichtet. Zusätzlich haben der Deutsche Wetterdienst (DWD) und der GDV ein Starkregenprojekt begonnen, mit welchem sie wissenschaftliches Neuland betreten. Erstmals wird erforscht, wo Starkregen genau auftritt und welche Schäden er dabei anrichtet. Das Projekt wird von einem interdisziplinären Team aus Meteorologen, Hydrologen, Mathematikern und Versicherungskaufleuten gesteuert. Ziel ist eine deutschlandweite Gefahrenkarte, die für jede Region das lokale Risiko und die kritischen Niederschlagsmengen erkennen lässt – ein bisher einzigartiges Vorhaben. Auf dieser Grundlage kann risikogerechter Versicherungsschutz für Überschwemmung durch Starkregen kalkuliert werden.

In der deutschen Versicherungswirtschaft werden die Vertriebsaktivitäten unverändert durch eine hohe Marktreife erschwert. Chancen für weiteres Prämienwachstum und für einen zusätzlichen Bestandszubau ergeben sich zu großen Teilen lediglich durch einen Anbieterwechsel. Dieser Trend wird auch zukünftig beobachtbar bleiben. Positiv beeinflusst wird die Versicherungsnachfrage momentan jedoch durch die aktuell sehr günstige wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte, ausgelöst durch die entspannte Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Infolgedessen werden die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft voraussichtlich weiter wachsen. Für den deutschen Markt geht der GDV in 2018 von einer Steigerung von etwa 1,3 Prozent (Vj. 1,3 Prozent) aus. Unter der Voraussetzung, dass es nicht zu einer unvorhergesehenen Eintrübung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds kommt, wird in der Schaden- und Unfallversicherung für das Geschäftsjahr 2018 mit einem Prämienplus von circa 3,0 Prozent (Vj. 2,9 Prozent) gerechnet. In den privaten Sachversicherungen könnten erneut steigende Versicherungssummen und Deckungserweiterungen Wachstumstreiber darstellen und zu einem Beitragsplus von bis zu 4,0 Prozent (Vj. 4,5 Prozent) führen. Für die Rechtsschutzversicherung erwartet der GDV, bedingt unter anderem durch Beitragsanpassungsmöglichkeiten, eine Erhöhung der Prämien von ebenfalls etwa 4,0 Prozent (Vj. 4,0 Prozent).

Auch die private Krankenversicherung profitiert im kommenden Jahr von der anhaltend positiven Lage der privaten Haushalte und dem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Für 2018 geht der GDV von einer Beitragssteigerung um circa 2,0 Prozent (Vj. 3,5 Prozent) aus.

Die Interlloyd sieht sich in diesem Umfeld für das Jahr 2018 gut aufgestellt. Chancen zur Ausweitung des Geschäftsvolumens ergeben sich weiterhin insbesondere aus dem modularen Deckungsschutzaufbau in den Versicherungszweigen der privaten Unfall-, Haftpflicht-, Wohngebäude- und Hausratversicherung sowie aus dem individuellen Firmenkundengeschäft. Darüber hinaus führt die eindeutige Positionierung als „Maklerorientierte Versicherungsgesellschaft“ zu Wettbewerbsvorteilen. Schnelle Entscheidungswege machen die Gesellschaft für jeden Makler zu einem äußerst interessanten Partner. Die Gesellschaft wird die erfolgreiche und konsequente Ausrichtung an den Kundenbedürfnissen und Marktentwicklungen weiter fortsetzen. Gerade im Maklerumfeld ist es strategisch von entscheidender Bedeutung, sowohl individuelle, flexible Lösungen und Konzepte zur Risikoabsicherung als auch kurze Zugangswege sowie eine einfache und schnelle Abwicklung in Vertragsfragen und Schadenfällen zu bieten.

Die Interlloyd hatte für die Jahre 2017 bis 2019 mit einem durchschnittlichen Prämienwachstum von 4 Prozent geplant. Aufgrund der Beendigung eines in 2014 geschlossenen Konsortialvertrags lag das Beitragsplus für 2017 bei lediglich etwa 1,1 Prozent. Für 2018 rechnet die Interlloyd mit einem Anstieg der Prämieinnahmen leicht über Marktniveau. Hinsichtlich der Schaden- und Kostenentwicklung geht die Gesellschaft in ihrer Prognose von Quoten deutlich über denen des abgelaufenen Geschäftsjahres aus, in Summe jedoch weiterhin von einer Schadenkostenquote unter 100 Prozent.

Auf dem Kapitalmarkt weisen risikoarme Papiere, wie beispielsweise deutsche Pfandbriefe, weiterhin nur eine sehr geringe Verzinsung auf. Die große Nachfrage nach sicheren beziehungsweise besicherten Rentenpapieren, deutschen Staatsanleihen und Pfandbriefen lassen die Renditen weiter niedrig ausfallen. Das geringe Zinsniveau erschwert die Neu- und Wiederanlage der Kapitalanlagen. Infolgedessen stellt das Erwirtschaften einer im Wettbewerb attraktiven, nachhaltigen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen bereits seit einiger Zeit eine Herausforderung dar. Es ist davon auszugehen, dass dieser Umstand zumindest kurzfristig weiter Bestand haben wird. In Anbetracht dieser Vorgaben ist eine Prognose der Kapitalmarktentwicklung derzeit mit hohen Unsicherheiten behaftet. Im Rahmen der strategischen Planung geht die Interlloyd daher, basierend auf ihrer konservativen Anlagepolitik, von Kapitalanlageergebnissen aus, die leicht unter denen der bereits vergangenen schwierigen Jahre liegen.

Als Ergebnis vor Steuern und vor einer eventuellen Zuführung zur oder Entnahme aus der Schwankungsrückstellung ist in den kommenden drei Jahren mit einem durchschnittlichen Ergebnis von etwa 800 T€ zu rechnen. Kennzahlen zur finanziellen Stabilität, wie beispielsweise eine Ausstattung an Garantiemitteln (Eigenkapital zuzüglich der versicherungstechnischen Rückstellungen) bezogen auf die Bilanzsumme von rund 85 Prozent im kommenden Geschäftsjahr, unterstreichen als wichtiges Maß für Sicherheit und Stabilität die solide Kapitalausstattung der Gesellschaft. Unter Berücksichtigung der im Moment vorliegenden Chancen und Risiken wird für das Jahr 2018 eine stabile Geschäftsentwicklung erwartet.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Als Versicherungsunternehmen ist die Übernahme von Risiken das Kerngeschäft der Gesellschaft. Daraus ergibt sich, dass bei der Umsetzung der strategischen Geschäftsziele naturgemäß Risiken eingegangen werden müssen, um den gewünschten Unternehmenserfolg zu erreichen. Für den Umgang mit den Risiken ist ein Risikomanagementsystem eingerichtet, dessen zentraler Bestandteil der operative Risikomanagementprozess ist. Unter anderem mithilfe einer Risikostrategie, eines Limitsystems und eines Prozesses zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) wird gewährleistet, dass das Risikomanagement zur Kontrolle der Geschäftstätigkeit im Rahmen der vorgegebenen Risikotragfähigkeit stattfindet.

Basierend auf der Geschäftsstrategie legt der Vorstand die Risikostrategie fest und definiert die Anforderungen an die Kapitalausstattung und die Limite der Gesellschaft. Damit erfolgt eine ganzheitliche Steuerung der Risiken, wobei jederzeit sicherzustellen ist, dass das Gesamtrisikoprofil in Einklang mit der Risikostrategie steht. Der Aufsichtsrat berät hierüber und lässt sich regelmäßig über die Risikosituation berichten.

Zur Umsetzung der Risikostrategie hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem implementiert, welches von der an die ARAG SE ausgegliederten Risikomanagementfunktion in Form der Hauptabteilung Konzern Risikomanagement verantwortet wird. Das Konzern Risikomanagement ist dabei bis auf die Vorstandsebene von den operativen Einheiten mit Ergebnisverantwortungen getrennt und erfüllt somit die Aufgaben einer unabhängigen Risikocontrollingfunktion. Innerhalb des Konzerns ist der Chief Risk Officer der ARAG SE verantwortlich für die gesellschaftsübergreifende Umsetzung des Risikomanagementsystems. Das Konzern Risikomanagement trägt die Prozessverantwortung für das Risikomanagementsystem und sorgt durch einen quartalsweisen Risikobericht an den Vorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage und ihrer Veränderung. Darüber hinaus ist das Konzern Risikomanagement für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und für die Erarbeitung von Vorschlägen konzernweit einheitlicher Standards verantwortlich. Zudem obliegt der Hauptabteilung die Entwicklung von Modellen zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit, der Solvabilitätskapitalanforderungen und der Solvabilitätskapitalallokation.

Die Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in den operativen Einheiten getroffen. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen, wie der Mitglieder des Vorstands, der Führungskräfte, der dezentralen und zentralen Risikocontroller und -manager, sind in der Risikomanagementleitlinie des ARAG Konzerns klar definiert und dokumentiert.

Kernelement des Risikomanagementsystems ist der Risikomanagementprozess, bestehend aus der Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung, Risikosteuerung sowie Risikoüberwachung und -berichterstattung.

Risikoidentifikation Ziel der Risikoidentifikation ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen und nach einem einheitlichen Verfahren zu bewerten. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte in einem entsprechenden Neu-Produkt-Prozess bereichsübergreifend identifiziert, analysiert, bewertet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt. Entsprechende Prozesse sind auch für neue Kapitalanlageprodukte und Rückversicherungsinstrumente implementiert. Ferner werden sie in die bestehenden Limit- und Überwachungsprozesse integriert.

Risikoanalyse Im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Risiken werden Einflussfaktoren untersucht, welche den Wert der relevanten Positionen in der Solvabilitätsübersicht bestimmen. Diese Einflussfaktoren werden im Rahmen der Validierung regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie für die Bewertung des Risikos angemessen sind.

Risikobewertung Alle identifizierten Risiken werden mithilfe geeigneter Methoden und auf Grundlage systematisch erhobener und fortlaufend aktualisierter Daten kontinuierlich quantifiziert. Hierbei wird auch geprüft, ob das Risikoprofil innerhalb der festgelegten Limite liegt.

Zentrales Element ist hierbei die für alle quantifizierten Verlustrisiken ermittelte Solvabilitätskapitalanforderung (Value-at-Risk) zur Abdeckung unerwarteter Verluste. Die Berechnung erfolgt dabei im internen Partialmodell. Dieses berechnet den maximalen Wertverlust von Risikopositionen, die im Modell abgedeckt sind, innerhalb einer bestimmten Haltedauer (im Modell ein Jahr) und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (im Modell 99,5 Prozent). Der Wertverlust kann dabei aufgrund ungünstiger Entwicklungen auf der Kapitalanlagenseite oder aufgrund unerwarteter Entwicklungen im Versicherungsgeschäft entstehen. Die Methodik wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft. Außerdem werden die Risikopositionen kontinuierlich einem Stress-test unterzogen. Konzernweite Risikostandards stellen eine konsistente und angemessene Vorgehensweise bei der Risikoabbildung, der Performancemessung sowie der Verwendung relevanter Risikoparameter in den Berechnungen sicher.

Risikosteuerung Die Gesellschaft verfolgt den Ansatz, dass Risiken dort gesteuert werden, wo sie entstehen. Die operative Steuerung der Risiken wird somit von den Führungskräften und Prozessinhabern derjenigen Bereiche durchgeführt, in denen die Risiken entstehen. Die Risikosteuerung umfaßt die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation bezogen auf die identifizierten und analysierten Risiken.

Risikoüberwachung und -berichterstattung Im Rahmen der Risikoüberwachung wird insbesondere die Entwicklung des Risikoprofils untersucht. Dabei stehen die Risikotragfähigkeit und die Limitauslastung im Vordergrund. Basierend auf der aggregierten Solvabilitätskapitalanforderung und den zur Verfügung stehenden anrechenbaren Eigenmitteln erfolgt die Ermittlung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft. Dabei werden die aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben zur Mindestbedeckung berücksichtigt. Die tatsächliche Limitauslastung wird durch Abgleich der eingegangenen Einzelrisiken und des aggregierten Risikos mit den vorgegebenen Limiten bestimmt.

Zur Feststellung der jeweiligen Limitvorgaben wird ausgehend von der geschäftspolitischen Mindestbedeckungsquote und den gegebenen anrechnungsfähigen Eigenmitteln ermittelt, wie hoch die Solvabilitätskapitalanforderung für die Gesellschaft maximal sein darf. Der Vorstand legt ein Gesamtlimit passend zu seiner Risikotoleranz fest. Dieses Gesamtlimit wird anschließend auf die Risiken verteilt.

Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich, zeitnah und uneingeschränkt Bericht erstattet.

Internes Steuerungs- und Kontrollsystem Unter dem Internen Steuerungs- und Kontrollsystem (ISKS) werden alle Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sowie sonstige Maßnahmen verstanden, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen sowie Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Zudem wird die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt.

Das ISKS basiert auf den von der Geschäftsleitung eingeführten Grundsätzen, Funktionen, Verfahren, Maßnahmen, Richtlinien sowie gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, die die operative Umsetzung von Entscheidungen der Geschäftsleitung gewährleisten.

Die ARAG folgt bei der Ausgestaltung des Internen Steuerungs- und Kontrollsystems dem „Three Lines of Defence“-Modell.

Die First Line of Defence wird gebildet von allen Mitarbeitern und Führungskräften der operativen Funktionen. Diese sind unmittelbar verantwortlich für die Risiken und Prozesse ihres Bereichs.

In der Second Line of Defence erfolgt die Überwachung der First Line of Defence durch die Querschnittsfunktionen Konzerncontrolling, Konzern Risikomanagement, Recht/Compliance und die Versicherungsmathematische Funktion. Diese Funktionen geben Standards für die Ausgestaltung und Überwachung von Kontrollen und den Umgang mit Risiken vor.

In der Third Line of Defence nimmt die Konzernrevision die Revisionsfunktion für die Funktionen der First und Second Line of Defence innerhalb des ARAG Konzerns wahr.

Interne Revision Die an die ARAG SE ausgegliederte Konzernrevision ist ein Instrument der Geschäftsleitung der Interlloyd Versicherungs-AG und dieser unmittelbar unterstellt sowie berichtspflichtig. Die Konzernrevision untersteht nur den Weisungen der Geschäftsleitung.

Gemäß den von der Geschäftsleitung erteilten Aufträgen führt die Konzernrevision eine risikoorientierte Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und des Internen Steuerungs- und Kontrollsystems aller Betriebs- und Geschäftsprozesse durch, auch soweit diese auf andere Unternehmen ausgelagert wurden.

Die Geschäftsleitung gewährleistet die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Konzernrevision gegenüber den geprüften Einheiten in ihrer Aufgabenerledigung, insbesondere hinsichtlich von ihr vorgenommener Prüfungsplanungen, Prüfungshandlungen und Wertung von Prüfungsergebnissen.

Um ihre Funktionen und Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen zu können, ist die Konzernrevision nicht in operative Prozesse eingebunden. Mitarbeiter der Konzernrevision dürfen nicht mit Aufgaben betraut werden, die mit der Unabhängigkeit der Konzernrevision innerhalb des ARAG Konzerns nicht in Einklang zu bringen sind. Revisionsfremde Aufgaben oder operative Tätigkeiten dürfen Mitarbeiter der Konzernrevision nicht ausüben. Die Konzernrevision selbst hat keine Weisungsbefugnis gegenüber Mitarbeitern außerhalb der Konzernrevision.

Versicherungstechnisches Risiko Das versicherungstechnische Risiko gibt das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten an, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Diese Verluste ergeben sich aus Folgendem:

- Prämien-/Reserverisiko: Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung.
- Katastrophenrisiko: wesentliche Ungewissheiten in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse.
- Stornorisiko: Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten von Versicherungspolizen.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe einer Simulation werden die Verluste beziehungsweise nachteiligen Veränderungen der Verbindlichkeiten prognostiziert, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Der Wert des Risikos entspricht dem negativen Simulationsergebnis, wie es nur alle 200 Jahre erwartet wird (200-Jahres-Ereignis). Die Bewertung wird für jedes Risiko separat vorgenommen. Für das Prämien- beziehungsweise Reserverisiko werden die historischen Schäden auf Basis festgelegter Kriterien zu homogenen Risikogruppen zusammengefasst. Daraus werden 200.000 Simulationen für künftige unerwartete Schäden beziehungsweise Reservierungsbedarfe abgeleitet. Analog werden für das Katastrophenrisiko Verluste simuliert, welche aus Naturkatastrophen oder durch Menschen verursachte Großschäden entstehen können. Die Berechnung des Stornorisikos erfolgt auf Basis außerplanmäßiger historischer Storni. Das versicherungstechnische Risiko selbst ergibt sich aus der Aggregation der Einzelrisiken. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die stets ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung des gesamten selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts für die letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen.

Schadenentwicklung

Bilanzjahr	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2017	46,3	45,3	1,7
2016	56,2	50,1	10,7
2015	63,7	57,0	12,6
2014	63,3	54,8	14,3
2013	68,4	59,1	14,9
2012	68,2	54,7	19,4
2011	70,6	54,3	21,3
2010	74,3	56,2	21,4
2009	75,6	58,3	20,4
2008	76,1	70,8	7,3

Die Steuerung des versicherungstechnischen Risikos aus den Kompositversicherungen erfolgt auf operativer Ebene in Form von zeichnungs-, prämien- und rückversicherungspolitischen Maßnahmen.

Gegenparteiausfallrisiko Während das Gegenparteiausfallrisiko bei Kapitalanlagen im Rahmen des Marktrisikos berechnet wird, wird das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft separat betrachtet. Das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft bezieht sich im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber Rückversicherern, Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern. Es gibt das Verlustrisiko wieder, welches sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern während der nächsten zwölf Monate ergibt.

Die Bewertung des Gegenparteiausfallrisikos erfolgt mit dem internen Partialmodell. Die Methode zur Zusammenfassung der Forderungsarten, deren Aggregation und die dazugehörigen Korrelationen sind in dem Modell vorgegeben.

Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Informationen und unter Proportionalitätsgesichtspunkten bewertet. Dabei werden explizit die individuellen Ratings der Rückversicherer verwendet. Aus dem Rückversicherungsgeschäft ergaben sich Abrechnungsforderungen von 313 T€ sowie -verbindlichkeiten in Höhe von 15 T€ (Vj. Abrechnungsverbindlichkeiten von 134 T€). Alle externen Rückversicherungsunternehmen, die Versicherungsgeschäft der Interlloyd Versicherungs-AG übernommen haben, verfügen über ein intern vorgegebenes Mindestrating.

Die Steuerung des Ausfallrisikos in Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen erfolgt nach den Vorgaben der Rückversicherungsstrategie, welche in regelmäßigen Abständen überprüft wird.

Für die Bewertung des Risikos aus dem Ausfall von Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler wird ein konstanter Faktor auf den Marktwert der relevanten Positionen in der Solvabilitätsübersicht angewandt. Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, die seit über 90 Tagen fällig waren, bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 108 T€ (Vj. 120 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre für diese Forderungen liegt bei 0,2 Prozent (Vj. 0,3 Prozent). Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden mit einem automatisierten Erinnerungs- und Mahnprozess gesteuert.

Marktrisiko Das Marktrisiko gibt das Risiko eines Verlusts oder nachteiliger Veränderungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente an. Das Risiko ergibt sich direkt oder indirekt aus folgenden Subrisiken:

- Zinsrisiko: Veränderungen in der Zinskurve oder Volatilität der Zinssätze. Ein angenommener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um 1 Prozent würde den Zeitwert der Rententitel um 2,7 Millionen € vermindern beziehungsweise erhöhen.
- Aktienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Ein hypothetischer Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent würde zu einem Zeitwertverlust von 1,1 Millionen € führen.
- Immobilienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.

- Spreadrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve.
- Migrations-/Ausfallrisiko: Veränderungen in der Höhe von Ratings oder prognostizierten Zahlungsausfällen. Die Ratingverteilung der Zinsträger stellt sich wie folgt dar:

Festverzinsliche Wertpapiere nach Ratingklasse

(Anteil in Prozent nach Marktwerten)

AAA	29,2
AA	27,9
A	20,1
BBB	18,8
BB	2,5
B	1,5
CCC	0,0
CC	0,0
C	0,0
D	0,0
NR	0,0

Die Aufteilung der Rentenpapiere stellt sich wie folgt dar (Marktwerte): Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere – entfallen circa 31,6 Prozent auf Finanzdienstleistungsunternehmen, 44,4 Prozent auf öffentliche Anleihen und 23,9 Prozent auf Unternehmensanleihen.

- Wechselkursrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse.
- Konzentrationsrisiko: sämtliche mit Risiko behafteten Engagements mit einem Ausfallpotenzial, das umfangreich genug ist, um die Solvabilität und Finanzlage zu gefährden.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe eines ökonomischen Szenariogenerators werden Kapitalmarktszenarien simuliert, welche jeweils Zinssätze, Aktienkurse, Immobilienpreise, Kreditspreads, Ratings beziehungsweise Zahlungsausfälle und Wechselkurse enthalten. Mit diesen Risikofaktoren werden die Marktwerte der Kapitalanlagen bestimmt, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Das Marktrisiko selbst ergibt sich aus dem 200-Jahres-Ereignis bei der simultanen Betrachtung aller Risikofaktoren sowie dem Konzentrationsrisiko. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Zur Steuerung der Risiken wird eine strategische Asset Allokation erstellt, mit welcher das Kapitalanlageportfolio unter den gewünschten Rendite-Risiko-Aspekten optimiert wird. Für das Portfolio wird der Grundsatz unternehmerischer Vorsicht angewandt und die damit verbundenen aufsichtsrechtlichen Vorgaben beachtet. Eine separate Begrenzung des Zinsrisikos wird durch ein Aktiv-Passiv-Management vorgenommen. Darüber hinaus werden Derivate zur Absicherung von Zins- und Kursveränderungen eingesetzt. Investitionen in Hedge-Fonds sowie die Finanzierung von Investitionen unter Aufnahme von Fremdmitteln und die Veräußerung von Aktien, die nicht im Bestand gehalten werden (sogenannte Leerverkäufe), sind gemäß interner Anlagerichtlinien nicht erlaubt.

Liquiditätsrisiko Das Liquiditätsrisiko gibt das Risiko wieder, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Zur Deckung des Liquiditätsrisikos besteht keine aufsichtsrechtliche Solvabilitätsanforderung, sodass eine entsprechende Bewertung nicht vorgenommen wird. Stattdessen erfolgt die Bewertung in der Form, dass die monatliche Liquiditätsüber- beziehungsweise -unterdeckung rollierend berechnet wird.

Um bei Bedarf die Liquidität des Anlagebestands anpassen zu können, erfolgt eine Einstufung jeder Bilanzposition in eine Liquiditätsklasse. Zur Sicherung der jederzeitigen Erfüllbarkeit der fälligen Verbindlichkeiten des Unternehmens erfolgt der überwiegende Teil der Kapitalanlagen in der Liquiditätsklasse „Kurzfristig veräußerbar“.

Zur Steuerung der Liquidität wird die Liquiditätsplanung permanent aktualisiert, sodass frühzeitig erkennbar ist, ob ein Liquiditätsbedarf in den nächsten Monaten bestehen könnte.

Operationelles Risiko Das operationelle Risiko gibt das Risiko wieder, welches sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen oder Systemen, dem Fehlverhalten von Mitarbeitern oder durch unerwartete externe Ereignisse ergibt, die den Geschäftsbetrieb stören oder gar verhindern. Hierzu zählen auch Verluste aus Cyber Risiken. Darüber hinaus umfasst das operationelle Risiko auch Rechtsrisiken. Reputationsrisiken sowie Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben, fallen hingegen nicht unter das operationelle Risiko.

Zur Ermittlung der Solvabilitätskapitalanforderung verwendet die Gesellschaft die Standardformel.

Die Bewertung für operative Zwecke erfolgt anhand der Schätzung von Brutto- und Nettowerten für jedes einzelne operationelle Risiko auf Basis der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos und dessen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit beschreibt die Wahrscheinlichkeit, dass ein operationelles Risiko innerhalb eines definierten Zeitraums eintritt. Die Skala ist für eine Dauer von einem Jahr kalibriert. Die Einschätzung der Auswirkung kann sowohl qualitativ als auch quantitativ vorgenommen werden. Bei einer quantitativen Einschätzung wird die Risikoklassifizierung direkt anhand einer Risikomatrix vorgenommen. Bei einer qualitativen Einschätzung ergibt sich die Auswirkung aus der Einordnung in die Risikomatrix anhand des Vergleichs mit den Klassengrenzen. Anhand dieser Risikomatrix ergibt sich eine Priorisierung der Risiken. Da die Bewertung der Risiken anhand von subjektiven Expertenschätzungen erfolgt, wird den verantwortlichen Mitarbeitern mit der Verlustereignisdatenbank ein zusätzliches Instrument zur Verfügung gestellt, welches sie bei der Wertermittlung unterstützt. Darin sind sämtliche eingetretenen Verlustereignisse aus der Vergangenheit und deren tatsächliche Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Steuerung der identifizierten Risiken werden auf operativer Ebene konkrete Maßnahmen vereinbart und durchgeführt. Im Zusammenhang mit Cyberrisiken sind dies zum Beispiel informationstechnische Sicherungsmaßnahmen wie auch Versicherungslösungen. Um den möglichen Auswirkungen eines Cyberangriffs entgegenzuwirken, wurden ergänzende Maßnahmen dahingehend getroffen, dass beispielsweise im Rahmen eines Notfallmanagements auch entsprechende Gegenmaßnahmen definiert wurden.

Bestandsgefährdende Risiken Interne oder externe Risiken, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinträchtigen, bestehen nicht. Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen für das Jahr 2018 erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

Risikolage Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung nach den Vorschriften des § 122 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) ist vollumfänglich erfüllt. Zudem übersteigen die anrechnungsfähigen Eigenmittel die gemäß § 97 VAG berechneten Solvabilitätskapitalanforderungen deutlich. Weitere Angaben zur Bedeckungssituation können dem Bericht über Solvabilität und Finanzlage entnommen werden.*

* Nicht Bestandteil des Lageberichts.

Jahresabschluss

Jahresabschluss	37
Jahresbilanz	38
Gewinn- und Verlustrechnung	42
<hr/>	
Anhang	46
I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	46
II. Versicherungstechnische Angaben	50
III. Nichtversicherungstechnische Angaben	52
IV. Nachtragsbericht	55
V. Sonstige Angaben	55
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	57
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	66
<hr/>	
Organe der Gesellschaft	68
<hr/>	

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

(in Euro)

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

- I. Geschäfts- oder Firmenwert

B. Kapitalanlagen

- I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
- II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
 1. Anteile an verbundenen Unternehmen
 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
 3. Beteiligungen
 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- III. Sonstige Kapitalanlagen
 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
 3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen
 4. Sonstige Ausleihungen
 - a) Namensschuldverschreibungen
 - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
 - c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine
 - d) Übrige Ausleihungen
 5. Einlagen bei Kreditinstituten
 6. Andere Kapitalanlagen
- IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 1. an Versicherungsnehmer
 2. an Versicherungsvermittler
davon an verbundene Unternehmen: 188,73 € (Vj. 1.046,78 €)
- II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon an verbundene Unternehmen: 313.335,23 € (Vj. 0,00 €)
- III. Sonstige Forderungen
davon an verbundene Unternehmen: 3.236.874,00 € (Vj. 3.707.526,57 €)

D. Sonstige Vermögensgegenstände

- I. Sachanlagen und Vorräte
- II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
- III. Andere Vermögensgegenstände

E. Rechnungsabgrenzungsposten

- I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten
- II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

F. Aktive latente Steuern (Steuerabgrenzungsposten nach § 306 i. V. m. § 274 Abs. 2 HGB)

G. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Summe der Aktiva

Die Deckungsrückstellung für Renten zur Allgemeinen Unfallversicherung beträgt zum 31. Dezember 2017 3.368.211,00 € und zur Allgemeinen Haftpflichtversicherung 124.368,00 €. Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Posten B. III. 1. der Passiva eingestellte

				2017	2016
				136.601,35	
				136.601,35	273.202,87
				0,00	0,00
				1.004.435,41	1.004.435,41
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				1.004.435,41	1.004.435,41
				13.100.366,43	11.537.829,81
				27.295.253,00	22.376.200,00
				0,00	0,00
				6.000.000,00	6.000.000,00
				6.980.183,84	9.006.418,34
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				12.980.183,84	15.006.418,34
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				53.375.803,27	48.920.448,15
				0,00	0,00
				54.380.238,68	49.924.883,56
				1.514.950,84	1.465.042,28
				204.325,80	208.219,04
				1.719.276,64	1.673.261,32
				313.335,23	0,00
				3.261.831,72	3.726.303,95
				5.294.443,59	5.399.565,27
				0,00	0,00
				609.931,50	614.915,39
				27.277,90	26.197,35
				637.209,40	641.112,74
				489.837,04	542.364,31
				0,00	0,00
				489.837,04	542.364,31
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				60.938.330,06	56.781.128,75

Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und g des HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Düsseldorf, den 4. Januar 2018

Die Verantwortliche Aktuarin
Kathrin Smeja, Dipl.-Mathematikerin

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Passiva

(in Euro)

A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
 - 1. Gesetzliche Rücklage
 - 2. Andere Gewinnrücklagen

IV. Bilanzgewinn

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

- I. Beitragsüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- II. Deckungsrückstellung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

- IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

- VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

C. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Sonstige Rückstellungen

D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

E. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 - 1. gegenüber Versicherungsnehmern
 - 2. gegenüber Versicherungsvermittlern
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 14.564,89 € (Vj. 133.760,12 €)
- III. Sonstige Verbindlichkeiten
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.449.473,32 € (Vj. 36.558,91 €)
davon aus Steuern: 916.386,39 € (Vj. 945.622,10 €)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.696,89 € (Vj. 1.544,39 €)

F. Rechnungsabgrenzungsposten

G. Passive latente Steuern

Summe der Passiva

			2017	2016
		5.000.000,00		5.000.000,00
		1.852.771,59		1.852.771,59
	500.000,00			500.000,00
	40.000,00			40.000,00
		540.000,00		540.000,00
		0,00		0,00
			7.392.771,59	7.392.771,59
	13.609.619,69			13.383.669,73
	6.740.832,37			6.614.687,24
		6.868.787,32		6.768.982,49
	0,00			0,00
	0,00			0,00
		0,00		0,00
	35.474.608,11			34.891.721,83
	18.193.871,71			18.140.309,34
		17.280.736,40		16.751.412,49
	0,00			0,00
	0,00			0,00
		0,00		0,00
		19.337.188,00		18.558.011,00
	680.000,00			670.000,00
	0,00			334.966,50
		680.000,00		335.033,50
			44.166.711,72	42.413.439,48
		2.029.045,00		1.819.937,00
		0,00		10.000,00
		542.625,56		396.004,92
			2.571.670,56	2.225.941,92
			0,00	0,00
	2.324.578,96			2.467.476,83
	1.034.920,45			1.076.420,18
		3.359.499,41		3.543.897,01
		14.564,89		133.760,12
		3.433.111,89		1.071.318,63
			6.807.176,19	4.748.975,76
			0,00	0,00
			0,00	0,00
			60.938.330,06	56.781.128,75

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Selbst abgeschlossenes und übernommenes Geschäft

(in Euro)

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung
a) Gebuchte Bruttobeiträge
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung
a) Zahlungen für Versicherungsfälle
aa) Bruttobetrag
bb) Anteil der Rückversicherer
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
aa) Bruttobetrag
bb) Anteil der Rückversicherer
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung
9. Zwischensumme
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung
Übertrag:

			2017	2016
	60.586.010,39			59.927.592,32
	-31.325.139,37			-30.914.098,98
		29.260.871,02		29.013.493,34
	-225.949,96			-428.028,55
	126.145,13			222.462,19
		-99.804,83		-205.566,36
			29.161.066,19	28.807.926,98
			42.532,00	38.546,00
			65.259,90	65.713,31
	26.788.967,51			28.256.376,04
	-12.862.756,33			-14.474.509,04
		13.926.211,18		13.781.867,00
	582.886,28			1.577.692,65
	-53.562,37			-359.427,89
		529.323,91		1.218.264,76
			14.455.535,09	15.000.131,76
			-344.966,50	10.001,00
			0,00	0,00
		23.548.734,18		
		-12.391.448,05		-11.739.414,33
			11.157.286,13	11.860.884,86
			597.996,04	567.537,33
			2.713.074,33	1.493.633,34
			-779.177,00	-2.211.633,00
			1.933.897,33	-717.999,66
			1.933.897,33	-717.999,66

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Selbst abgeschlossenes Geschäft

(in Euro)

Übertrag:

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

- a) Erträge aus Beteiligungen
davon aus verbundenen Unternehmen: 216.000,00 € (Vj. 151.000,00 €)
- b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
davon aus verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
 - aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
- c) Erträge aus Zuschreibungen
- d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

- a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
- b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
- c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- d) Aufwendungen aus Verlustübernahme

3. Technischer Zinsertrag

4. Sonstige Erträge

5. Sonstige Aufwendungen

6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

- 7. Außerordentliche Erträge
- 8. Außerordentliche Aufwendungen
- 9. Außerordentliches Ergebnis

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

11. Sonstige Steuern

12. Erträge aus Verlustübernahme

- 13. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne

14. Jahresüberschuss

- 15. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr
- 16. Entnahme aus der Kapitalrücklage
- 17. Entnahme aus Gewinnrücklagen
- 18. Entnahme aus Genusssrechtskapital
- 19. Einstellungen in Gewinnrücklagen
- 20. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals

21. Bilanzgewinn

Anhang

I. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Die Interlloyd Versicherungs-AG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 34575 eingetragen. Firmensitz ist ARAG Platz 1, 40472 Düsseldorf. Die Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), insbesondere der §§ 341 ff., und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vom 8. November 1994 aufgestellt.

Dabei wurden für die Gliederung des Jahresabschlusses die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV entsprechend den §§ 266 und 275 HGB modifiziert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften der §§ 341 ff. HGB wurden berücksichtigt. Darüber hinaus wurde der deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 20 (DRS 20), soweit die Anwendung für den Einzelabschluss empfohlen ist, angewendet.

Bei den erworbenen **immateriellen Vermögensgegenständen** handelt es sich um einen Geschäfts- und Firmenwert, welcher zu Anschaffungskosten aktiviert und linear entsprechend seiner voraussichtlichen Nutzungsdauer von vier Jahren abgeschrieben wird.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet. Im Geschäftsjahr waren keine außerordentlichen Abschreibungen für voraussichtlich dauernde Wertminderungen nach § 253 Abs. 3 HGB beziehungsweise Wertaufholungen nach § 253 Abs. 5 HGB vorzunehmen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen bestanden im Geschäftsjahr an der VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf. Die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Interlloyd erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 214.309,88 € und wies zum 31. Dezember 2017 ein Eigenkapital von 246.118,75 € aus.

Die Bewertung der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere**, die nicht zur dauernden Verwendung wie Anlagevermögen bestimmt wurden, erfolgt gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und Abs. 4 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen auf Kapitalanlagen nach dem strengen Niederstwertprinzip in Höhe von 2.192,00 € vorgenommen. Wertaufholungen nach § 253 Abs. 5 HGB wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 7.640,00 € durchgeführt.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 2 Satz 1, zweiter Halbsatz HGB kann für solche Spezial-Investmentfondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht werden, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Bei der Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile wird der im Rahmen einer Fondsdurchschau ermittelte nachhaltige Marktwert zugrunde gelegt. Die Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen wird unter Berücksichtigung der individuellen Schuldnerbonität zu Anschaffungskosten durchgeführt. Wertaufholungen nach § 253 Abs. 5 HGB wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 84.615,53 € durchgeführt.

Namenschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise Rückforderungsbetrag bilanziert. Disagioträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung linear verteilt. Agioträge werden aktiviert und planmäßig linear über die Laufzeit aufgelöst.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen werden nach § 341 c HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten nach § 341 c Abs. 3 HGB angesetzt.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die **Forderungen** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Von den Forderungen an Versicherungsnehmer wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko abgesetzt. Forderungen an Versicherungsnehmer, die sich im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden in voller Höhe abgeschrieben. Die Forderungen an Versicherungsvermittler wurden nicht wertberichtigt, da diese, bedingt durch größere bereits erhaltene Teilzahlungen, als werthaltig angesehen wurden.

Die **laufenden Guthaben bei Kreditinstituten sowie die anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten im Wesentlichen abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag.

Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt. Die **Kapitalrücklage** enthält Beiträge, die Aktionäre in das Eigenkapital der Gesellschaft ohne die Gewährung von Vorzügen nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB eingezahlt hatten.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden, ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen, pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden gemäß Schreiben IV B/5 – S 2750 – 15/74 des Bundesfinanzministeriums (BMF) vom 30. April 1974 um die nicht übertragungsfähigen Einnahmeteile gekürzt. Nach Rücksprache mit dem GDV wird davon ausgegangen, dass diese Regelung nicht durch das BMF-Schreiben IV C 9 – O 1000 – 86/5 vom 7. Juni 2005 zum Bürokratieabbau aufgehoben wurde. Als nicht übertragungsfähige Einnahmeteile werden danach 85 Prozent der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird grundsätzlich einzeln ermittelt und nach dem individuellen Bedarf bewertet. Die in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Rentendeckungsrückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV), basierend auf dem aktuell gültigen Höchstzinssatz von 0,9 Prozent, durch die Verantwortliche Aktuarin der Gesellschaft unter Einbeziehung der für die Regulierung erforderlichen Aufwendungen einzeln berechnet. Für Spätschäden und Wiedereröffnungen werden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet. Aufgrund der positiven Abwicklung großer und mittlerer Vorjahresschadenfälle, insbesondere im Zweig der Verbundenen Wohngebäudeversicherung, beträgt das Brutto-Abwicklungsergebnis der Gesellschaft rund 2 Prozent bezogen auf die korrespondierende Eingangsreserve.

Bei der Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wird der koordinierte Länderechts vom 2. Februar 1973 zugrunde gelegt. Die Rückstellung für Schadenregulierungskosten wird gemäß § 341g Abs. 1 Satz 2 HGB gebildet.

Der **technische Zinsertrag** wurde mit 0,9 Prozent des arithmetischen Mittels aus Anfangs- und Endbestand der Deckungsrückstellung berechnet.

Die **Schwankungsrückstellung** ist gemäß § 341h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV gebildet worden. Die Aufteilung der errechneten Schwankungsrückstellung auf das nationale Geschäft und die Niederlassungen erfolgt, sofern notwendig, nach verdienten Bruttobeiträgen in dem jeweiligen Versicherungszweig.

Unter die Position **sonstige versicherungstechnische Rückstellungen** fällt die Stornorückstellung für Wagnisfortfall und Wagnisminderung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, welche im Berichtsjahr nach einem auf Erfahrungswerten beruhenden Stornosatz berechnet worden ist. Die Aufteilung auf die einzelnen Versicherungszweige wurde nach dem Beitragsschlüssel vorgenommen.

Die **Anteile der Rückversicherer** an den versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend den jeweils geltenden Quoten-, Fakultativ- und Schadenexzedentenverträgen ermittelt.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafel 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Neben den aktuellen Gegebenheiten wurden auch künftige Entwicklungen hinsichtlich Gehälter, Renten und die Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Für die Bewertung wurde ein Zinssatz in Höhe von 3,68 Prozent (Vj. 4,01 Prozent) berücksichtigt. Bis 2015 wurde der durchschnittliche Zinssatz der letzten sieben Jahre nach der zu diesem Zeitpunkt geltenden Rechtslage für die Diskontierung verwendet. Der ausschüttungsgespernte Unterschiedsbetrag, der sich gemäß § 253 Abs. 6 HGB aus der Anwendung des Prozentsatzes des Zehn-Jahres-Durchschnitts im Vergleich zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts ergibt, beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 387.054,00 €.

Folgende versicherungsmathematische Parameter wurden für die Ermittlung der Verpflichtungen verwendet: Pensionsalter: 63 Jahre, Gehaltsdynamik: 2,5 Prozent, Rentendynamik: 1,75 Prozent, Zinssatz: 3,68 Prozent. Die berücksichtigte Fluktuation entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden Aktivwertansprüche aus der Rückdeckungsversicherung mit der Verpflichtung aus den Pensionszusagen verrechnet. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden entspricht dem Aktivwert der zur kongruenten Bedeckung abgeschlossenen Rückversicherung und beträgt 15.648,00 €. Die Rückdeckungsversicherung wird gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Aktivwert) bewertet. Im Geschäftsjahr wurden 684,77 € Aufwand aus der Zunahme der Schuld und 3.644,77 € Erträge aus dem Aktivwertanspruch in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Aus der **Abzinsung von langfristigen Rückstellungen** mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr entstanden Zinserträge in Höhe von 281,51 € (Vj. 0,00 €). Zinsaufwendungen fielen nicht an (Vj. 13,52 €).

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** und die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet.

Alle **Verbindlichkeiten**, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Erfüllungsbetrag bewertet.

Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren bewertet, basierend auf den Grundsätzen zur Durchführung von Unternehmensbewertungen gemäß des Standards IDW S1 des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen

Die Zeitwerte der Bilanzpositionen B. II. 1. und 2. entsprechen den Börsen- oder Marktwerten am Bilanzstichtag. Für die Ermittlung von Marktwerten bei nicht börsennotierten Papieren (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen) wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- oder Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers (Laufzeit, Sicherheiten, Ratings etc.) werden entsprechend berücksichtigt.

In der Aufstellung der Entwicklung der Kapitalanlagen auf den Seiten 52 und 53 sind die Zeitwerte nach Anlageklassen angegeben.

II. Versicherungstechnische Angaben

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

(in Tausend Euro)

	Gesamtes Versicherungsgeschäft		Unfallversicherung		Haftpflichtversicherung	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Gebuchte Bruttobeiträge	60.586	59.928	10.181	10.789	5.486	5.388
Verdiente Bruttobeiträge	60.360	59.500	10.157	10.791	5.486	5.370
Verdiente Nettobeiträge	29.161	28.808	5.003	5.330	2.543	2.481
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	27.372	29.834	4.941	4.839	1.513	1.718
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	23.549	23.600	3.928	4.288	2.037	2.118
davon Abschlussaufwendungen	3.592	3.608	350	415	379	524
davon Verwaltungsaufwendungen	19.957	19.993	3.579	3.873	1.658	1.594
Rückversicherungssaldo	5.615	3.552	970	1.182	1.219	968
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. vor Schwankungsrückstellung	2.713	1.494	347	532	707	564
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. nach Schwankungsrückstellung	1.934	-718	834	523	707	1.340
Versicherungstechnische Bruttoreückstellung insgesamt	69.101	67.503	25.790	25.805	3.964	3.961
davon Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	35.475	34.892	17.264	16.809	2.734	2.731
davon Stornorückstellung	680	670	115	122	62	61
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellung	19.337	18.558	6.612	7.100	0	0
Anzahl mindestens einjährige Versicherungsverträge	398.690	397.961	60.966	61.177	49.299	49.842

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2017	2016
(in Stück)		
Inland	392.272	391.378
Ausland	6.418	6.583
Gesamt	398.690	397.961

Rechtsschutz- versicherung		Feuer- und Sachversicherungen		davon Verbundene Hausratversicherung		davon Verbundene Wohngebäude- versicherung		davon sonstige Sachversicherung		Sonstige Versicherungen	
2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
3	4	42.710	41.762	15.998	15.980	18.736	18.619	7.975	7.163	2.207	1.984
4	4	42.554	41.370	16.007	15.916	18.616	18.327	7.931	7.128	2.159	1.965
4	4	20.272	19.721	7.609	7.572	8.802	8.684	3.861	3.465	1.339	1.272
6	4	20.180	22.229	6.902	7.671	9.375	10.754	3.903	3.803	731	1.044
0	0	16.742	16.419	6.294	6.145	7.157	7.232	3.290	3.041	842	776
0	0	2.519	2.463	1.086	785	808	797	625	881	344	205
0	0	14.223	13.955	5.208	5.360	6.349	6.435	2.666	2.160	498	570
0	0	3.287	1.455	1.725	1.211	1.179	-39	383	283	139	-53
-2	0	1.216	198	646	460	429	-95	140	-167	446	199
-2	0	-51	-2.780	655	557	-539	-2.848	-167	-489	446	199
64	62	38.399	36.667	11.410	11.436	18.717	17.901	8.271	7.331	884	1.009
63	61	15.178	14.881	2.956	2.964	7.799	8.074	4.423	3.843	235	410
0	0	484	472	181	180	212	210	90	81	19	16
0	0	12.725	11.458	3.869	3.878	6.333	5.365	2.522	2.215	0	0
78	84	273.677	272.072	152.520	152.132	51.923	54.024	69.234	65.916	14.670	14.786

Herkunft des Versicherungsgeschäfts nach gebuchten Beiträgen

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2017	2016
<i>(in Tausend Euro)</i>		
Inland	60.024	59.331
Ausland	562	597
Gesamt	60.586	59.928

III. Nichtversicherungstechnische Angaben

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2017

(in Tausend Euro)

	Bilanzwerte 31.12.2016
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	
1. Geschäfts- oder Firmenwert	273
2. Summe A.	273
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.004
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0
3. Beteiligungen	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
5. Summe B. II.	1.004
B. III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11.538
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.376
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	6.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	9.006
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0
d) Übrige Ausleihungen	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	0
6. Andere Kapitalanlagen	0
7. Summe B. III.	48.920
Insgesamt	50.198

Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2017	Zeitwerte gemäß § 54 RechVersV
0	0	0	137	137	137
0	0	0	137	137	137
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1.004	3.002
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1.004	3.002
1.478	0	84	0	13.100	13.947
5.464	551	8	2	27.295	28.409
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	6.000	6.213
0	2.026	0	0	6.980	7.194
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
6.942	2.577	92	2	53.375	55.763
6.942	2.577	92	139	54.516	58.902

Andere Rückstellungen

Unter dieser Position werden im Wesentlichen die Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 2.029.045,00 € (Vj. 1.819.937,00 €), die variable Vergütung von 267.310,00 € (Vj. 163.490,00 €), Kosten für den Jahresabschluss von 142.846,00 € (Vj. 122.822,70 €) sowie Urlaubs- und Gleitzeitrückstellungen in Höhe von 62.679,45 € (Vj. 50.837,04 €) ausgewiesen.

Steuern

Die Ertragsbesteuerung der Gesellschaft erfolgt aufgrund der ertragsteuerlichen Organshaft mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, grundsätzlich auf Ebene der Muttergesellschaft. Die Ergebnisse der realitätsnahen Bewertung (BMF-Schreiben vom 5. Mai 2000) und Abzinsung der Schadenrückstellungen (BMF-Schreiben vom 20. Oktober 2016) werden bei der Ermittlung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage berücksichtigt. Latente Steuern aufgrund abweichender Wertansätze in der Handels- und Steuerbilanz der Gesellschaft werden in den handelsrechtlichen Abschluss der Organträgerin einbezogen. Da die ARAG Allgemeine ebenfalls Organgesellschaft im Rahmen einer ertragsteuerlichen Organshaft mit der ARAG SE als Organträgerin ist, erfolgt die Besteuerung letztendlich auf Ebene der ARAG SE.

Eigenkapital

(in Euro)	2017	2016
Eigenkapital, gesamt	7.392.771,59	7.392.771,59
davon:		
I. Gezeichnetes Kapital		
Das Grundkapital beträgt	5.000.000,00	5.000.000,00
Es ist eingeteilt in:		
5.000 voll eingezahlte nennwertlose Stückaktien		
II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Ziff. 4 HGB		
Kapitalrücklage am 01. 01. 2017	1.852.771,59	1.852.771,59
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	0,00
Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00
Kapitalrücklage am 31. 12. 2017	1.852.771,59	1.852.771,59
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage		
Gesetzliche Rücklage am 01. 01. 2017	500.000,00	500.000,00
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00	0,00
Gesetzliche Rücklage am 31. 12. 2017	500.000,00	500.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	40.000,00	40.000,00
IV. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Die **gesetzliche Rücklage** war in den Vorjahren gemäß § 300 AktG zu bilden. Im Geschäftsjahr erfolgte keine Zuführung zur gesetzlichen Rücklage.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet. Die bisherige Geschäftsentwicklung im laufenden Geschäftsjahr verläuft erwartungsgemäß.

V. Sonstige Angaben

Ausschüttungsgesperrte Beträge

Ausschüttungsgesperrte Beträge können unter anderem aus der Bewertung von Vermögensgegenständen mit dem beizulegenden Zeitwert gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB resultieren. Der ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag, der sich bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 HGB aus der Anwendung des Prozentsatzes des Zehn-Jahres-Durchschnitts im Vergleich zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts ergibt, beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 387.054,00 € (Vj. 303.741,00 €).

Wirtschaftsprüferhonorar

Mit dem Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers GmbH Deutschland wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 Honorare in Höhe von 63.949,58 € (Vj. 64.230,00 €) vereinbart. Die zusätzlich angefallene Umsatzsteuer ist als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht. Weitere Steuerberatungsleistungen, zusätzliche Beratungs- und sonstige Nichtprüfungsleistungen sind darüber hinaus nicht angefallen.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Euro)	2017	2016
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	15.407.467,48	15.386.228,77
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,00	0,00
3. Löhne und Gehälter	3.249.778,10	3.171.437,68
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	505.387,17	492.205,08
5. Aufwendungen für Altersversorgung	154.136,22	32.770,58
Aufwendungen, gesamt	19.316.768,97	19.082.642,11

Angaben zum Investmentvermögen

Im Kapitalanlagebestand ist zum Abschlussstichtag kein Investmentvermögen enthalten, das zu mehr als 10 Prozent durch die Gesellschaft gehalten wird.

Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 51 (Vj. 50). Hiervon entfielen auf den nationalen Vertrieb 21 Mitarbeiter, auf den inländischen Betrieb und die nationale Schadenbearbeitung 25 Mitarbeiter, auf sonstige Bereiche drei Mitarbeiter sowie auf die spanische Niederlassung zwei Mitarbeiter.

Bezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich die Bezüge des Aufsichtsrats der Gesellschaft nach § 285 Nr. 9a HGB auf 26.565,00 €. Die Bezüge des Vorstands werden von der in Personalunion geführten Muttergesellschaft geleistet und anteilig an die Gesellschaft weiterbelastet; direkte Bezüge fielen im Geschäftsjahr nicht an. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf Seite 68 des Berichts angegeben.

Konzernzugehörigkeit

Die Interlloyd Versicherungs-AG gehört aufgrund einer Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 16 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 4 AktG zum Konzern der ARAG Holding SE. Sie wird in den Konzernabschluss der ARAG Holding SE, Düsseldorf, einbezogen. Der Konzernabschluss der ARAG Holding SE wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz veröffentlicht. Die Interlloyd verzichtet aufgrund der befreienden Wirkung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts der ARAG Holding SE gemäß § 291 HGB auf die Erstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts. Die Aktien der Interlloyd befinden sich im 100-prozentigen Besitz der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG.

Düsseldorf, den 6. März 2018

Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Wolfgang Mathmann

Christian Vogée

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Bewertung der Kapitalanlagen
2. Bewertung der Schadenrückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kapitalanlagen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von T€ 54.380 (89,2% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt, besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen ein erhöhtes Bewertungsrisiko. In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Kapitalanlagen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Marktpraktiken berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die zugrundeliegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Darüber hinaus haben wir das von der Gesellschaft erstellte Bewertungsgutachten (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen) für die wesentliche Beteiligung der Gesellschaft gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen sind im Abschnitt I „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Schadenrückstellungen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ versicherungstechnische Rückstellungen (sog. „Schadenrückstellungen“) in Höhe von T€ 17.281 netto (28,4% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Den bei der Ermittlung der Höhe der Schadenrückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Schadenrückstellungen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Schadenrückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Schadenrückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von Schadenrückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Schadenrückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrunde liegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzungen überprüft. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Schadenrückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der Schadenrückstellungen sind im Abschnitt I „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 24. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 1. September 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1999 als Abschlussprüfer der Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ludger Koslowski.

Düsseldorf, den 7. März 2018

PricewaterhouseCoopers
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sven Capousek
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, sowohl schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaft, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, hat der Aufsichtsrat dazu ausführliche schriftliche Informationen vom Vorstand erhalten. Der Aufsichtsrat hat diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend erörtert und mit dem Vorstand beraten sowie die erforderlichen Entscheidungen getroffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Aufsichtsrat in vier ordentlichen Sitzungen von der Ordnungs- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt. Des Weiteren trat der Aufsichtsrat einmal zur konstituierenden Sitzung des Gremiums zusammen. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand und ließ sich über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und die wesentlichen Geschäftsvorfälle informieren.

Im Berichtszeitraum hat sich der Aufsichtsrat unter anderem mit den Maßnahmen zur Umsetzung auf „Diligent Boards“ sowie den hierfür notwendigen Statutenänderungen auseinandergesetzt. Weitere wesentliche Themen der jeweiligen Sitzungen waren die Besprechungen über die aktuellen Situationen an den Kapitalmärkten und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesellschaft, die laufenden Geschäftsjahreszahlen und die aktuellen Erwartungsrechnungen, die Beschlussfassungen über die Geschäfts- beziehungsweise Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung sowie die Verabschiedung der strategischen Planung der Interlloyd für den Dreijahreszeitraum von 2018 bis 2020.

Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch den Aufsichtsrat am 24. März 2017 gewählten und mit der Prüfung beauftragten Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht und der Bericht des Abschlussprüfers sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der feststellenden Aufsichtsratssitzung ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 23. März 2018

Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat

Werner Nicoll
(Vorsitzender)

Ralf Sohlmann
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Alexander Hirsch

Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat	Werner Nicoll	Vorstand der ARAG SE, Herzogenrath, Vorsitzender
	Ralf Sohlmann	Versicherungsdirektor a.D., Bochum, stellv. Vorsitzender
	Dr. Alexander Hirsch	Rechtsanwalt, Meerbusch
Der Vorstand	Wolfgang Mathmann	Krefeld
	Christian Vogée	Düsseldorf

Informationen

Aus rechentechnischen Gründen können im Geschäftsbericht Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (Euro, Prozent) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechterspezifische Differenzierung (zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Impressum

Redaktion	ARAG Konzernkommunikation/Marketing
Gestaltung und Realisierung	Kammann Rossi GmbH, Köln
Fotografie	Titel: Getty Images

